

005

42

200

www.aussenministerium.at/oeza



OEZA Bericht

Thematische Schwerpunkte

Teil I

Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit

Impressum

Herausgeber und Verleger:

Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
Sektion VII – Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
Minoritenplatz 8, 1014 Wien, Österreich
Tel.: +43 (0)501150-4454
Fax: +43 (0)501159-4454
abtvii4@bmaa.gv.at
www.aussenministerium.at/oeza

Dieser OEZA Bericht wurde erstellt von:

- Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten,
Sektion Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
- Austrian Development Agency

Fotos: © Günther Stachel, Konrad Edelbacher, Oliver Indra

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	3
Vorwort	5
Zum Bericht	6
Entwicklungspolitisches Umfeld	7
Wasser	9
Ländliche Entwicklung	15
Energie	19
Wirtschaft und Entwicklung	23
Bildung	29
Good Governance	35
Gender	41
Entwicklungspolitische Kommunikation	45
Kurzberichte	51



Abkürzungsverzeichnis

ADA	Austrian Development Agency
BMaA	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
BMBWK	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasser
BMWA	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
DAC	Development Assistance Committee der OECD, Entwicklungshilfeausschuss
EU	Europäische Union
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
EZA-Gesetz	Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit (Entwicklungszusammenarbeitsgesetz, EZA-G); BGBl I 49/2002 i. d. F. BGBl I 65/2003
IFI	International Finance Institution, internationale Finanzinstitution (Weltbankgruppe)
KOBÜ	Koordinationsbüro der OEZA
LDC	Least Developed Countries, am wenigsten entwickelte Länder
MDG	Millennium Development Goal, Millenniums-Entwicklungsziel
MKMB	Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe
NRO	Nichtregierungsorganisation
ODA	Official Development Assistance, öffentliche Entwicklungshilfeleistungen
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development, Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OEZA	Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
WTO	World Trade Organization, Welthandelsorganisation
VN	Vereinte Nationen



Vorwort

Entwicklungszusammenarbeit und damit der bedingungslose Kampf gegen die Armut, die Förderung von Frieden und der Schutz der natürlichen Ressourcen in den ärmsten Ländern der Welt sind zentrale außenpolitische Anliegen. Mit dem neuen Gesetz über Entwicklungszusammenarbeit aus dem Jahr 2002 und der Einrichtung der Austrian Development Agency im Jahr 2004 wurde die österreichische Entwicklungszusammenarbeit reformiert und optimal auf veränderte internationale Rahmenbedingungen und neue Herausforderungen vorbereitet. Der eingeschlagene Weg hat sich bewährt. Für die Entwicklungszusammenarbeit stehen heute mehr personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung.

2005 hat Österreich erstmals mit mehr als 1,2 Milliarden Euro einen historischen Höchststand an Unterstützung für unsere Partnerländer bereitstellen können. Das ist auch ein Ausdruck unseres klaren Bekenntnisses zu den Millenniums-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen und zur ausgezeichneten Zusammenarbeit mit unseren internationalen und europäischen Partnern.

Im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft ist es zunehmend wichtig, unsere Programme und Ziele bestmöglich aufeinander abzustimmen. Österreich setzt daher thematische Schwerpunkte und bringt seine Leistungen dort ein, wo es über langjähriges und international anerkanntes Know-how verfügt. Ohne den Idealismus, die Einsatzbereitschaft und die Professionalität unserer vielen Partner, österreichischer und lokaler Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und vieler privater Initiativen wären die konkreten Fortschritte, die hier berichtet werden, nicht möglich. Ihnen allen, die an einer guten Entwicklung in unseren Partnerländern mitgewirkt haben, gilt mein aufrichtiger Dank.

Dr. Ursula Plassnik
Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten

Zum Bericht

Der Bericht setzt sich aus einem Rückblick auf thematische Schwerpunktsetzungen der OEZA sowie einer statistischen Darstellung aller öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs zusammen.

Der Teil „**Thematische Schwerpunktsetzungen**“ beschreibt die Themen und Sektoren, in denen die OEZA derzeit tätig ist. Die OEZA konzentriert sich auf bestimmte Themen und Sektoren, um die Effizienz des Mitteleinsatzes zu steigern. Komplementarität und Kohärenz mit den anderen internationalen Gebern werden dabei immer wichtiger.

Die OEZA setzt ihre thematischen Schwerpunkte mit einer Vielzahl von Instrumenten um – von der Programm- und Projektfinanzierung bis hin zu *Basket-Funding* mit anderen Gebern und sektoriellen Budgethilfen.

Der Teil „**Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen in Zahlen**“ ist ein statistisches Nachschlagewerk. Er bietet einen umfassenden Überblick über die Zusammensetzung, die geografische und thematische Verteilung der Mittel sowie über deren Herkunft und Umsetzungsstruktur. Die ODA-Zahlen spiegeln auch die breite Mitwirkung Österreichs an der Entwicklungszusammenarbeit der multilateralen Organisationen – EU, Vereinte Nationen und Internationale Finanzinstitutionen – wider.

Entwicklungspolitisches Umfeld

Die entwicklungspolitische Debatte, innerhalb derer sich die österreichische Entwicklungszusammenarbeit situiert, wurde im Berichtszeitraum durch eine Reihe von Meilensteinen geprägt.

Internationales und EU-Umfeld

Die internationale und die EU-Ebene waren durch bedeutende Beschlüsse zur **Erhöhung des Umfangs** und zur **Verbesserung der Qualität** der Entwicklungszusammenarbeit geprägt.

Im Vorfeld zum VN-Gipfel im September 2005 legte die **Europäische Union** für sich selbst fest, dass jeder der 15 alten EU-Mitgliedstaaten bis zum Jahr 2010 0,51 Prozent des BNE an ODA erreichen und bis zum Jahr 2015 das alte Ziel der Vereinten Nationen von 0,7 Prozent verwirklichen würde. Auch die zehn Staaten, die mit 1. Mai 2004 Vollmitgliedschaft in der EU erlangten, übernahmen zeitlich festgelegte Zielgrößen für die von ihnen neu aufzubauende Entwicklungszusammenarbeit.

Der **VN-Gipfel** im September 2005 bekräftigte die Millenniums-Entwicklungsziele als Richtgrößen der nationalen und internationalen Entwicklungsanstrengungen, erneuerte die Menschenrechtsmaschinerie der VN und stellte die Weichen zu einer stärkeren Verschränkung der Bemühungen um Sicherheit und Entwicklung durch den Grundsatzbeschluss einer „Peace Building Commission“.

Die Qualität der Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern, ist das Anliegen der **Pariser Erklärung 2005**, welche die Ausrichtung der Geber an den Planungsdokumenten des Partnerlandes („*alignment*“) und eine stärkere Abstimmung innerhalb der Gebergemeinschaft („*harmonisation*“) fordert sowie die gemeinsame Verantwortung von Geber- und Partnerländern und ergebnisbezogene Berichtslegung betont.

Stärkere inhaltliche Abstimmungen innerhalb der finanziell bedeutendsten Gebergruppe, der EU, erfolgten 2005 durch die Annahme des **Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik**, der Grundsätze festschreibt, die sowohl die Kommission als auch die einzelnen EU-Mitgliedstaaten in der Durchführung von EZA in Zukunft erfüllen werden, und Arbeitsbereiche zur Abstimmung zwischen Europäischer Kommission und Mitgliedstaaten definiert.

Die Prioritätensetzung zugunsten Afrikas definierte die EU 2005 durch die Verabschiedung einer umfassenden **EU-Afrika-Strategie**, die alle Politikbereiche umfasst und wesentlich durch den Afrika-Schwerpunkt der britischen Präsidentschaften in EU und G-8 vorangetrieben wurde.

Die **Revision des Cotonou-Vertrags** – der Partnerschaft der Europäischen Union mit den AKP-Staaten – wurde im Frühjahr 2005 abgeschlossen und eröffnet die Möglichkeit einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen der EU und den AKP-Staaten in den Bereichen Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Terrorismusbekämpfung sowie im Bereich der Handelsbeziehungen. Mit der Aushandlung von Wirtschaftspartnerschaften wurde begonnen, da die alten Präferenzregelungen mit Ende 2007 nicht mehr WTO-konform sind.

Die Hoffnungen, dass im Zuge einer weiteren globalen Runde von Handelsliberalisierungen – der Doha Entwicklungsrunde der WTO – der Entwicklungsprozess von Entwicklungsländern durch eine stärkere Integration in die Weltwirtschaft vorangetrieben werden würde, erfüllten sich im Berichtszeitraum nicht.

Österreichische Meilensteine

In Umsetzung des EZA-Gesetzes 2003 nahm mit 1.1.2004 die **ADA** (Austrian Development Agency) als ausgelagerte, zu 100 Prozent im Eigentum des Bundes stehende GmbH ihre Tätigkeit auf. Seither ist die OEZA durch eine duale Struktur gekennzeichnet. Das BMAA-Sektion VII ist für die Erarbeitung der Politikvorgaben und die strategische Ebene zuständig. Die Umsetzung der Politik- und Strategievorgaben erfolgen in der konkreten Implementierung in Eigenverantwortlichkeit der ADA.

In der Phase der Neustrukturierung der OEZA erfolgte 2004 die periodische **Länderprüfung durch das OECD-DAC**. Der Prüfbericht bewertet die Neustrukturierung grundsätzlich positiv und empfiehlt eine weitere geografische und thematische Konzentration der OEZA.

Die im Berichtszeitraum erstellten **Dreijahresprogramme** 2004-2006 und 2005-2007 greifen die OECD-Anregungen auf und bemühen sich um verstärkte programmatische Konzentration auf die Schwerpunktländer: Äthiopien, Bhutan, Burkina Faso, Kap Verde, Mosambik, Nicaragua, Uganda; Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Serbien und Montenegro inklusive Kosovo (für den Berichtszeitraum), Moldau; Palästinensische Gebiete. In Ergänzung zu den Schwerpunktländern wird die Arbeit an Regionalprogrammen aufgenommen, die die regionale Integration der Partnerländer – gemäß deren eigenen Schwerpunktsetzungen – fördern sollen. Damit wird auch die EU-Vorgangsweise unterstützt.

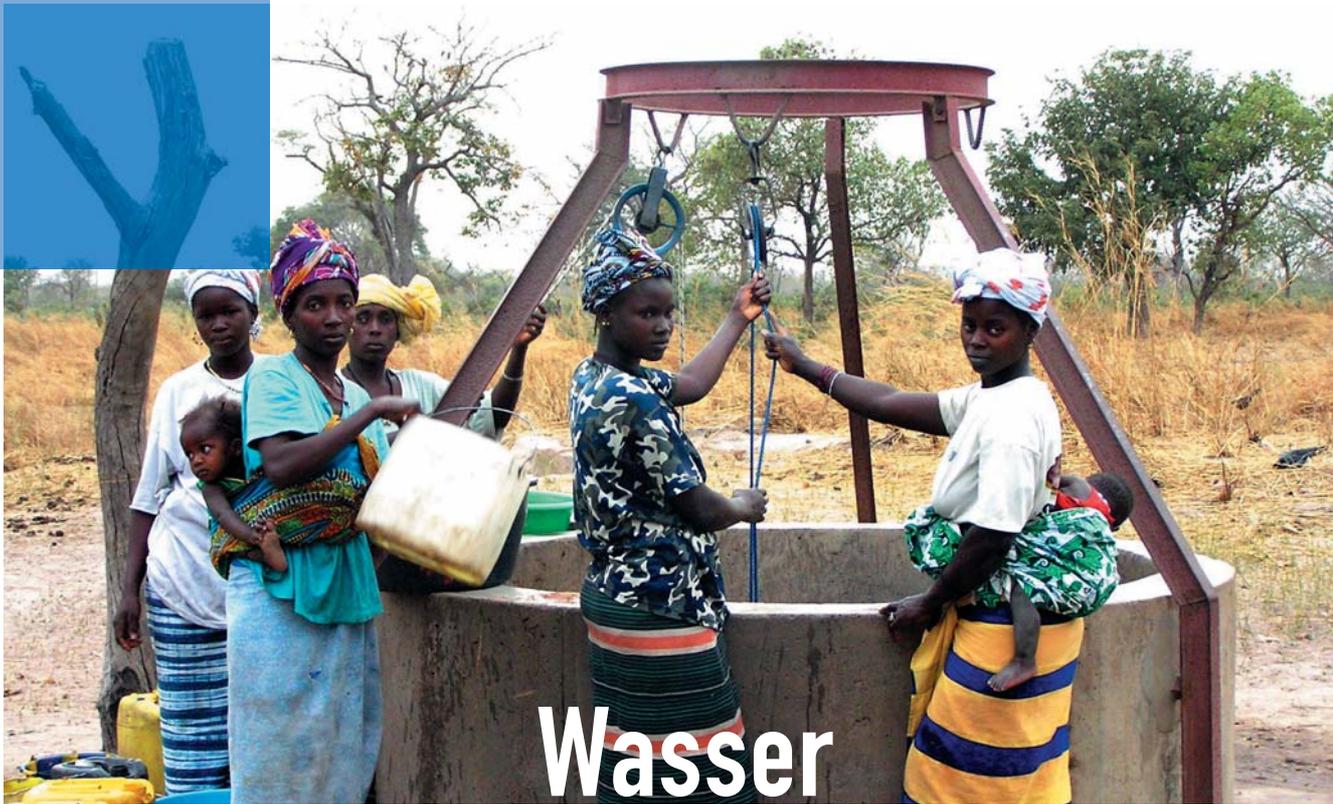
In Umsetzung des **Kohärenzgebots** des EZA-Gesetzes 2003, demzufolge „der Bund die Ziele und Prinzipien der Entwicklungspolitik bei den von ihm verfolgten Politikbereichen, welche die Entwicklungsländer berühren können, berücksichtigt“, richtete das BMAA-Sektion VII eine interministerielle Arbeitsgruppe ein, deren Arbeitsprogramm sich an der EU-Kohärenzagenda orientiert. Die entwicklungspolitische Mitwirkung an Gesetzesprüfungsverfahren wurde systematisiert.

Im Rahmen der **Internationalisierungsoffensive** der österreichischen Außenwirtschaft wurde die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft intensiviert.

Die vom BMF unter Einbindung des BMAA und anderer betroffener Ressorts erarbeitete **IFI-Strategie** 2005 zur österreichischen Mitwirkung in den internationalen Finanzinstitutionen bildete die Grundlage für eine effektivere Vertretung der österreichischen Interessen in diesen wichtigen Institutionen.

Die **Tsunami-Katastrophe** vom 26. Dezember 2004 und die großzügigen Solidaritätskündigungen der österreichischen Bevölkerung erforderten eine rasche und umfassende Planung für einen wirkungsvollen und nachhaltigen Einsatz der Hilfsmittel.

Im Hinblick auf die **EU-Ebene** stand das Jahr 2005 unter dem Zeichen der Vorbereitung der Übernahme des EU-Vorsitzes durch Österreich im ersten Halbjahr 2006. Besonderes Augenmerk widmete die OEZA den Beziehungen zu den neuen Mitgliedstaaten und dem Erfahrungsaustausch hinsichtlich ihres Aufbaus von EZA-Strukturen.



Wasser ist eng mit Erziehung, Gerechtigkeit, Gesundheit, Ressourcenschutz und mit der Verstärkung der Armut verbunden. „Es steht viel auf dem Spiel. Ohne einen integrierten Ansatz könnten wir es mit einer Flut von Problemen zu tun bekommen. Doch mit ihm könnten wir eine Woge des Fortschritts auslösen.“

Kofi Annan, Kommission für Nachhaltige Entwicklung, 2004

Übersicht OEZA-Aktivitäten Wasser: geografische Schwerpunkte



Schlüsselbegriffe

■ SIEDLUNGSHYGIENE

Unter dem Begriff Siedlungshygiene (englisch: *Sanitation*) werden alle Einrichtungen, Hygieneprinzipien und Maßnahmen zusammengefasst, die der sicheren Sammlung, Wiederverwertung und Entsorgung von menschlichen Fäkalien und häuslichen Abwässern dienen. Definition nach: *Sanitation Policies, Thematic Overview Paper. IRC International Water and Sanitation Centre, Delft 2003*

■ INTEGRIERTES WASSERRESSOURCEN-MANAGEMENT (IWRM)

„IWRM ist ein Prozess, der die koordinierte Entwicklung und Bewirtschaftung von Wasser, Land und der betreffenden Ressourcen fördert, um den resultierenden wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand in sozial gerechter Weise zu maximieren, ohne die Nachhaltigkeit der lebenswichtigen Ökosysteme zu beeinträchtigen.“

Übersetzt aus: *Global Water Partnership (GWP), Technical Advisory Committee (TAC): Integrated Water Resources Management. TAC Background Papers No. 4, Stockholm 2000*

■ EU WATER FACILITY

Die EU-Kommission schlug im April 2003 vor, durch die Einrichtung der EU Water Facility (ACP-EUWF) den Beitrag zur Finanzierung des Wassersektors in den AKP Ländern zu erhöhen. Das Ziel der EUWF ist es, eine nachhaltige Wasser- und Siedlungshygiene-Infrastruktur zu entwickeln und das Wasser- und Ressourcen-Management in den Partnerländern zu verbessern.

Globaler Kontext

Wasser als Schlüsselsektor der Millenniumsziele

Eine gesicherte Trinkwasserversorgung, die Verbesserung der sanitären Verhältnisse und ein nachhaltiger Umgang mit den Wasserressourcen zählen zu den wesentlichen Voraussetzungen für Entwicklung. Armut, Hunger, viele Krankheiten und Kindersterblichkeit können nicht ohne entsprechende Wasserversorgung bekämpft werden. Die Erhaltung der Umwelt geht daher mit dem Schutz der Wasserressourcen einher. Hinzu kommen indirekte Wirkungen: Kinder nehmen bei guter Wasserversorgung regelmäßiger am Schulunterricht teil, da sie seltener krank sind und nicht Wasser holen müssen. Auch mit der Gleichstellung von Mann und Frau, mit der Entwicklung der Demokratie und mit Konfliktverhütung besteht ein enger Zusammenhang. Der Wassersektor bildet daher einen Schlüsselsektor bei der Erreichung der Millenniumsziele.

Unsere Perspektive

Wasserversorgung und Siedlungshygiene im Rahmen eines integrierten Ansatzes

Die Millenniums-Entwicklungsziele sehen vor, den Bevölkerungsanteil ohne Zugang zu sicherem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung bis 2015 zu halbieren und bilden damit eine wesentliche Vorgabe für das österreichische Wassersektorprogramm. Österreich hat Wasserversorgung und Siedlungshygiene seit vielen Jahren als inhaltlichen Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit. Die OEZA konzentrierte sich dabei auf den ländlichen Raum. Die geografischen Schwerpunkte lagen in Südosteuropa, Ostafrika, Mosambik, Kap Verde und Zentralamerika sowie in den Palästinensischen Gebieten.

Als kleiner Geber muss Österreich seine komparativen Vorteile nützen. Zu diesen zählen, wie eine externe Evaluierung des Wassersektors 2003 ergeben hat, die Fähigkeit, flexibel auf den jeweiligen lokalen Bedarf einzugehen, innovative Lösungsansätze einzubringen und verlässlich umzusetzen. Bei der Weiterentwicklung des strategischen Ansatzes, der entsprechend den internationalen Vorgaben vermehrt auf harmonisierte und integrierte Sektorprogramme setzt, hat sich die OEZA dieses Potenzial erhalten. Die bestehenden Programme wurden dabei zunehmend in die nationale Sektorpolitik des Partnerlandes eingebracht, ohne die Mitgestaltungsmöglichkeiten und die Innovationsfähigkeit zu verlieren.

Beispiele für solche innovativen Ansätze sind der Einsatz der Solarenergie als Alternative zu Dieselpumpen in der Wasserversorgung oder die Förderung ökologischer Konzepte in der Siedlungshygiene wie etwa Trockentoiletten oder Pflanzenkläranlagen als kostengünstige, umweltfreundliche Lösungen für den ländlichen Raum. Die Innovationen bezogen sich auch auf geeignete Organisationsstrukturen; zum Beispiel, wenn sich kleine ländliche Wasserversorger zu Dachverbänden zusammenschließen, um die technische und organisatorische Schwächung durch die Dezentralisierung auszugleichen. Oder wenn sie – als Alternative zur umstrittenen Privatisierung – eigenständige Betriebe im öffentlichen Eigentum aufbauen. Gute Erfahrungen hat die OEZA auch mit der Vergabe des Betriebs von Wasserversorgungsanlagen an Privatfirmen gemacht. Dabei wurden natürlich nicht die Entscheidungskompetenzen oder gar die Wasserressourcen privatisiert.

Aktivitäten 2004–2005

Südosteuropa: Rehabilitierung, Aufbau von Betreiberstrukturen und Heranführung an EU-Standards

Zur Wiederherstellung der öffentlichen Trinkwasserversorgung nach den bewaffneten Auseinandersetzungen der 1990er Jahre sind sehr hohe Investitionen, vor allem bei der Abwasserentsorgung erforderlich. Die Anlagen müssen an die Standards der EU-Wasserrahmenrichtlinie herangeführt werden. Diese „Instandsetzung“ zielt auf eine nachhaltige Wassernutzung, speziell die Verbesserung der aquatischen Ökosysteme und Feuchtgebiete, ab.

An die Stelle rasch wirkender Einzelprojekte nach der Umbruchzeit traten 2004-2005 wirksame programmatische Ansätze. Ein Beispiel sind die 2005 gemeinsam mit der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit aufgenommenen Aktivitäten zur Wasserversorgung in ländlichen Gebieten Moldaus. Dieses Programm wurde in Abstimmung mit den nationalen Strategien zur Entwicklung der Basisinfrastruktur und Armutsreduktion entwickelt.

Zunehmende Konzentration auf wenige regionale Programme im Süden

Österreich hat sich 2005 in der Pariser Deklaration zu einer weitgehenden Abstimmung der EZA-Leistungen mit den nationalen Programmen und zu verstärkter Koordination mit anderen Gebern verpflichtet. So nimmt Österreich bereits seit 2004-2005 in Uganda am international anerkannten Modellprojekt, einem gemeinsamen „Joint Partnership Fund“, teil und hat Aussichten auf die Übernahme der Leitungsfunktionen in diesem Gremium (mehr unter: unsere Erfolge).

Die Wassersektor-Programme der OEZA in Mosambik, Kap Verde und Kenia wurden 2004-2005 fortgeführt und weiterentwickelt. Ein neues regionales Wassersektorprogramm kam 2004 in Ruanda hinzu. Der Schwerpunkt dieser Programme lag in der Verbesserung von Wasserversorgung und Siedlungshygiene im ländlichen Raum. In Guatemala und Kap Verde unterstützte die OEZA zudem den Aufbau gemeindeeigener Wasserversorgungsbetriebe. In den Palästinensischen Gebieten/Gazastreifen konnte mit dem Aufbau neuer Betriebsstrukturen ein anspruchsvolles Meerwasserentsalzungs-Projekt abgeschlossen werden.

Mehr internationale Zusammenarbeit und Abstimmung

Die OEZA hat in den Jahren 2004-2005 die Zusammenarbeit mit internationalen Initiativen und Programmen verstärkt. Sie beteiligte sich am Prozess der Commission on Sustainable Development (CSD) der Vereinten Nationen.

Bei der *World Water Week* 2004 in Stockholm konnte die OEZA ein Kommunikations- und Informationssystem für die Europäische Kommission präsentieren, das von Österreich finanziert wird und ein wichtiger Beitrag zur *EU Water Facility* ist.

Österreich unterstützte finanziell und durch Expertise das *Water and Sanitation Programme* (WSP) der Weltbank. Für Österreich als kleinem Geber ist dieses Programm auf politischer Ebene wichtig. Es bildet einen Rahmen, in dem nicht nur der eigene Beitrag sichtbar gemacht wird, sondern auch die eigenen Erfahrungen auf internationaler Ebene eingebracht werden.

Seit 2005 beteiligt sich die OEZA finanziell und durch den Einsatz eines erfahrenen Experten auch an der Wasserinitiative der Afrikanischen Entwicklungsbank, die u. a. eine enge Kooperation mit dem afrikanischen Rat der für Wasser zuständigen Minister (AMCOW – *African Ministers Council on Water*) anstrebt.

In Zukunft wird die OEZA verstärkt die nachhaltige Bewirtschaftung der Wasserressourcen und Flussinzugsgebiete unterstützen. Ein entsprechendes Pilotprogramm war im Berichtszeitraum in Kap Verde erfolgreich und soll ausgeweitet werden.

Unsere Erfolge

Mazedonien: Von der Ersthilfe zum Komplettservice

Bevor die OEZA im Jahr 2000 in Cucer Sandevo, einer Kleinstadt nahe Skopje, aktiv wurde, mussten die EinwohnerInnen teilweise Wasser aus Hausbrunnen holen. Die Trinkwasserversorgung war in einem katastrophalen Zustand.

Mit Unterstützung aus Österreich wurden die Quellfassungen ausgebaut, die Wasserspeicher und die Leitungen saniert. Große Teile der Gemeinde genießen heute einwandfreies Trinkwasser. Im nächsten Schritt half die OEZA beim Aufbau eines gemeindeeigenen Wasserversorgungsbetriebs, der die Anlagen wartet und sich über Gebühren selbst finanziert. Nach den bisherigen Erfolgen sehen die Beteiligten bereits dem Folgeprojekt Abwasserentsorgung entgegen.

Uganda: International anerkanntes Modellprojekt

Seit 1996 finanziert die OEZA in Südwest-Uganda ein regionales Programm, das die Wasserversorgung in 40 Siedlungszentren sicherstellt. Die Besonderheit des *South Western Towns Water and Sanitation Project* liegt darin, dass es ohne österreichischen Partner in direkter Zusammenarbeit mit den ugandischen Projektträgern konzipiert und umgesetzt wird. Entscheidend für den Erfolg des Projekts war die intensive Mobilisierung aller Beteiligten, der systematische Einsatz angepasster und innovativer Technologien wie Solarenergie, Trockentoiletten oder Pflanzenkläranlagen, der durchgängige Schutz der natürlichen Ressourcen (z. B. Quellschutz) und der Aufbau eines ugandischen Dachverbands, der die kleinen Wasserversorger unterstützt.

Das Sektorprogramm wurde zu einem nationalen Finanzierungsinstrument umgebaut und konnte durch Kofinanzierungsmittel aus der EU *Water Facility* nochmals erheblich ausgeweitet werden: In den kommenden Jahren werden hier jährlich 3,5 Mio. Euro (österreichischer Anteil 1,4 Mio.) investiert.

In Uganda gilt das österreichische Projekt landesweit als beispielgebend und bei der CSD-Konferenz in New York 2004 wurde es als *best practice*-Beispiel präsentiert.

PROJEKTPARTNER

Ministerium für Transport und Kommunikation der Republik Mazedonien; Gemeinde Cucer Sandevo; BDL, Büro Dr. Lengyel ZT GmbH

PROJEKTPARTNER

Ministry of Water and Environment, Directorate of Water Development

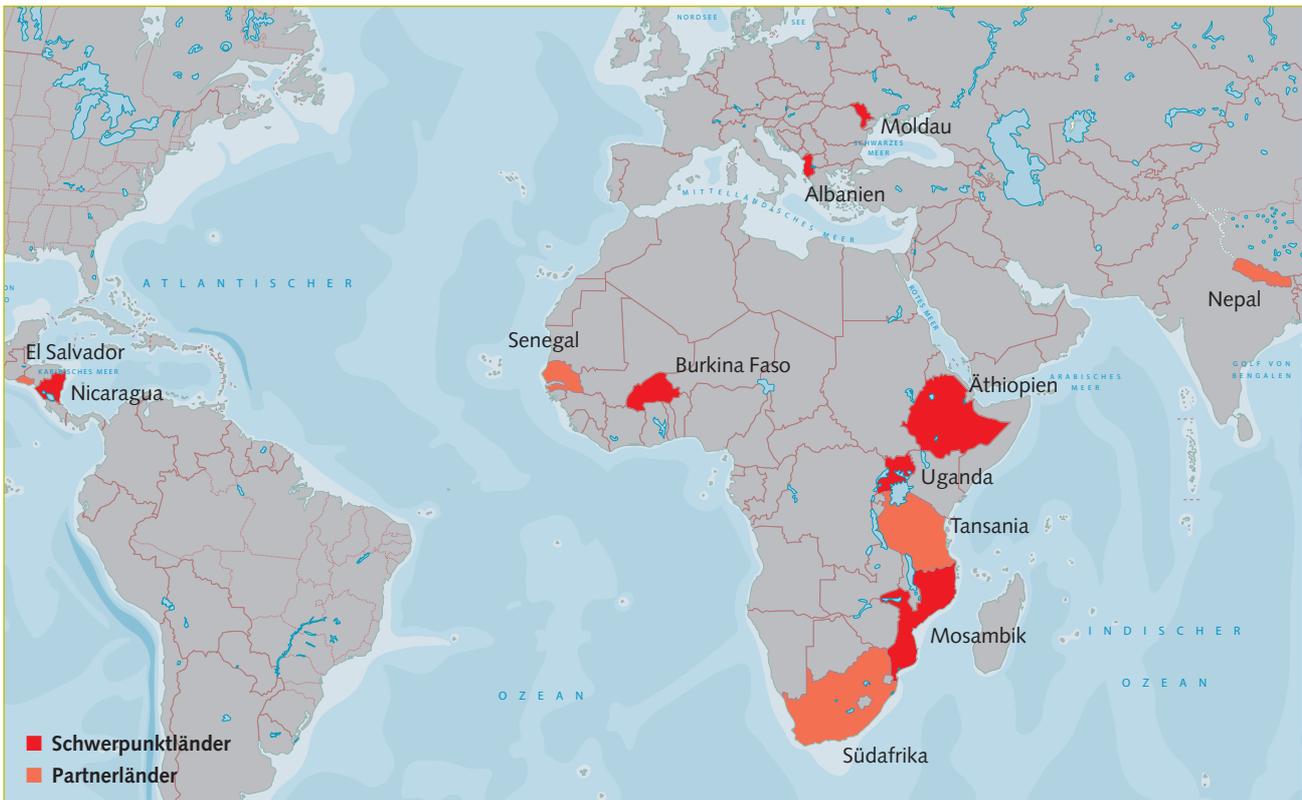


Ländliche Entwicklung

„Landwirtschaft schafft Arbeitsplätze und Einkommen und trägt zum Wirtschaftswachstum durch Ankurbelung der Nachfrage von lokalen Produkten und Dienstleistungen bei. Aber, um die Landwirtschaft zu stärken, müssen die Regierungen Landrechte garantieren und sicherstellen, dass das Land nachhaltig genutzt wird.“

aus: DfID: Eliminating world poverty. Making governance work for the poor

OEZA-Aktivitäten Ländliche Entwicklung: geografische Schwerpunkte



Schlüsselbegriffe

■ LOKALE WIRTSCHAFTSKREISLÄUFE

... stellen die Beziehung der ProduzentInnen und KonsumentInnen einer bestimmten Region dar. ProduzentInnen bieten Güter und Dienstleistungen an. Dafür brauchen sie Ressourcen (Land, Arbeitskräfte, Kapital), Know-how und Zugang zum Absatzmarkt. KonsumentInnen stellen Ressourcen, insbesondere ihre Arbeit zur Verfügung, fragen die produzierten Güter und Dienstleistungen gemäß ihren Präferenzen und Möglichkeiten nach und schaffen dadurch Produktionsanreize.

■ EIGENSTÄNDIGE ENTWICKLUNG UND LOKALE OWNERSHIP

Ländliche Entwicklung ist ein langfristiger sozio-ökonomischer Prozess, der vor Ort induziert und mitgesteuert werden muss, um den angestrebten Erfolg einer eigenständigen Entwicklung der nur im Zusammenwirken gleichberechtigter Partner möglich ist, zu erreichen. Lokale Planung, Verwaltung und Durchführung sind nicht nur ausschlaggebende Faktoren der Legitimität jeder Intervention, sondern tragen auch wesentlich zur Effektivität von Entwicklungsstrategien bei.

Globaler Kontext

Armut ist ländlich

Die Mehrheit der armen Bevölkerung lebt auf dem Land. Die Wurzeln der Armut sind vielfältig: mangelnde soziale und wirtschaftliche Infrastruktur, fehlende Basisdienstleistungen wie Gesundheit, Schulbildung oder sauberes Wasser, geringes Einkommen und wenig Beschäftigungsmöglichkeiten, Unter- bzw. Fehlernährung, besonders von Kindern und Frauen. Von politischen Entscheidungsprozessen bleibt die Landbevölkerung weitgehend ausgeschlossen.

Im Zentrum aller Aktivitäten der OEZA im ländlichen Raum steht daher die Armutsminderung. Die Maßnahmen setzen überwiegend bei der Landwirtschaft an, der fast einzigen Erwerbsquelle im ländlichen Raum. Ziel ist es, die natürlichen Ressourcen zu erhalten, Einkommen zu schaffen und die Ernährung von ProduzentInnen sowie KonsumentInnen zu sichern. Eine entscheidende Voraussetzung dafür bildet in vielen Ländern, dass Bodenrechte geklärt, angepasste Technologien zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion entwickelt und Weiterverarbeitung und Vermarktung der Produkte sichergestellt werden. Die Unterstützung von Prozessen der Selbsthilfe spielt oft eine entscheidende Rolle.

Unsere Perspektive

Österreich verfolgt einen stark armutsorientierten Ansatz und verfügt dabei über anerkanntes Know-how, etwa in den Bereichen organische Landwirtschaft oder Regionalentwicklung. Da Entwicklung im ländlichen Raum nur gelingen kann, wenn die Bevölkerung in die Entscheidungsprozesse einbezogen wird, legte die OEZA auch 2004-2005 ihren Schwerpunkt auf die Kapazitätsentwicklung aller Akteure auf der lokalen Ebene. Wesentlich dafür ist die wirtschaftliche und soziale Ermächtigung der Zielgruppen, etwa durch formelle oder informelle Ausbildung sowie Informations- und Wissensvermittlung, um ihnen die Teilnahme an Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Da die lokale Bevölkerung gegenüber externen politischen, wirtschaftlichen und umweltbedingten Faktoren extrem verwundbar ist, wurde auch der Schutz vor Gefährdung immer wichtiger.

Aktivitäten 2004–2005

Die Sektorpolitik „Ländliche Entwicklung“ 2003 stellte die wichtigste programmatische Vorgabe im Berichtszeitraum dar. Sie umfasst nicht nur die traditionell stark produktionsorientierten Subsektoren wie Landwirtschaft oder Tierhaltung, sondern auch Maßnahmen zur Dynamisierung der Subsistenzwirtschaft sowie der gesellschaftlichen Organisation und Interessensvertretung als wesentliche Bedingungen einer Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Auf internationaler Ebene hat die OEZA ihre Ansätze der ländlichen Entwicklung mit der Europäischen Kommission und im Rahmen der *Global Donor Platform for Rural Development* (GDPRD) koordiniert und systematisiert.

Konkret verfolgte die OEZA 2004-2005 Landes- bzw. Regionalprogramme, die mit den nationalen Armutsminderungs- und Sektorstrategien abgestimmt wurden.

Um Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung setzen zu können, ist es wichtig, das lokale Umfeld, die jeweiligen sozioökonomischen Bedingungen sowie den institutionellen und kulturellen Kontext genau zu kennen. Die OEZA ließ dazu entsprechende *baseline surveys* oder *poverty assessments* durchführen.

Unsere Erfolge

PROJEKTPARTNER
H3 Development Consult

Mosambik: Ländliches Beratungswesen – von der Selbstversorgung zum gesicherten Einkommen

Vier Fünftel der Bevölkerung Mosambiks leben von der Landwirtschaft. Zur Bekämpfung der Armut ist daher die Förderung der ländlichen und landwirtschaftlichen Entwicklung besonders wichtig. Dabei soll nicht nur die Ernährung der Kleinbauernfamilien abgesichert, sondern langfristig auch die Voraussetzung geschaffen werden, dass sie die Produktion steigern und die Überschüsse verkaufen oder weiter verarbeiten können.

In der ersten Phase des Projekts wurden die Handelsbeziehungen zwischen den Kleinbauern und -bäuerinnen bzw. deren Gruppen oder Verbänden und den kommerziellen Ankäufern (Händlern, Agrarindustrie) aufgebaut und gestärkt. Die Kleinbauern und -bäuerinnen haben sich in *Clubes de Negócio* zusammengeschlossen, um die Vermarktung ihrer Produkte voranzubringen und ihre Interessen nach außen besser zu wahren. 2005 gab es bereits 47 solcher Clubs mit insgesamt 1.255 Mitgliedern, 47 Prozent davon Frauen. 1.300 Tonnen an landwirtschaftlichen Produkten wie Mais, Bohnen, Ananas, Maniok oder Gemüse sowie ca. 750 Tonnen Sesam aus etwa 5.000 Familienbetrieben konnten mit einem Gesamterlös von 270.000 Euro vermarktet werden.

Das Projekt „PROMEC“ setzt auf eine nachhaltige Produktion marktfähiger Produkte durch ökologisch verträgliche Landwirtschaft und Ressourcenschutz. Auch die Lagerung und Konservierung der Produkte folgen nachhaltigen und ökologischen Kriterien.

Wichtige Komponenten für den Erfolg des Projekts stellen die enge Zusammenarbeit mit den staatlichen BauernberaterInnen sowie das partizipative und kostengünstige Beratungs- und Fortbildungssystem der Bauern und Bäuerinnen (*farmer to farmer*) dar. Das Programm wurde von den zwei Distrikten Búzi und Dondo auf weitere drei Distrikte in der Provinz Sofala ausgeweitet.

PROJEKTPARTNER
HOPE'87

Senegal: Hoffnung für die Casamance

In der Casamance im Südwesten Senegals hat die lange Trockenheit die Böden ausgelaugt. Die Wasserversorgung war problematisch, Frauen und Kinder mussten kilometerweit zur nächsten Wasserstelle gehen. Das Ackerland wird jetzt nach einem partizipativ erstellten Flächennutzungsplan bebaut. Schachtbrunnen und eine Hirsemühle im Dorf sparen lange Fußmärsche und erleichtern den Alltag. Mit Hilfe eines speziellen Fonds können die Frauen kleine Projekte durchführen und zusätzliches Einkommen schaffen. Eine Spar- und Kreditkasse ermöglicht kleinere Investitionen in Saatgut, Werkzeug oder Ausbildung.

PROJEKTPARTNER
HORIZONT3000

Uganda: Esel fürs Marketing

Markttage in Kisoro in Südwest-Uganda sind Schwerstarbeit für Frauen – Lasten, Transport durch gebirgiges Land, Kinderbetreuung ... Dennoch haben sie am Ende des Tages oft nur einen kleinen Teil ihrer Produkte verkauft, und das zu einem schlechten Preis, weil sie über die aktuellen Marktpreise nicht informiert waren und von Zwischenhändlern übervorteilt wurden.

Mit Unterstützung der OEZA haben Horizont 3000 und ihre afrikanische Partnerorganisation *Africa 2000 Network* das Problem mit einem umfangreichen Programm zur ländlichen Entwicklung aufgegriffen. Zunächst galt es, die Ernteerträge mit verbessertem Saatgut zu steigern, natürliche Düngung einzuführen und Terrassen gegen Bodenerosion anzulegen. Außerdem wurden Bauern und Bäuerinnen ausgebildet.

In der zweiten Phase wurde die Wertschöpfung in der Landwirtschaft verbessert. Spar- und Kreditprogramme ermöglichten den Bauern und Bäuerinnen erste kleine Investitionen, um ihre Produkte zu verarbeiten: Das „Marketing“ – der Weg von Produktion zum Kunden – erleichtern jetzt Esel, die im unwegsamen Gelände Kisoros gut zurecht kommen. Die Bauernvereinigung informiert ihre Mitglieder regelmäßig über den aktuellen Stand der Marktpreise.



„Energie betrifft alle Aspekte von Entwicklung – sozial, wirtschaftlich, umweltrelevant – einschließlich Lebensunterhalt, Zugang zu Wasser, landwirtschaftliche Produktivität, Gesundheit, Bevölkerungszahlen, Bildung und gender-sensitive Fragen. Keines der Millenniums-Entwicklungsziele kann erreicht werden ohne eine bedeutende Verbesserung der Qualität und Quantität von Energiedienstleistungen in Entwicklungsländern.“

UNDP

OEZA-Aktivitäten Energie: geografische Schwerpunkte



Schlüsselbegriffe

■ ENERGIEDIENSTLEISTUNGEN

Um Armut zu verringern und eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen, ist nicht die Energie an sich, sondern der Zugang zu Energiedienstleistungen wie Beleuchtung, Beheizung, Kühlung, Antrieb und Kochen wichtig.

■ KYOTO-MECHANISMEN

Die Industrieländer haben sich im Rahmen des Kyoto-Protokolls der Klimakonvention verpflichtet, ihre CO₂-Emissionen zu senken. Um diese Verpflichtungen zu erreichen, gibt es die Möglichkeit, im Rahmen der so genannten flexiblen Mechanismen, dem Clean Development Mechanism (CDM) und Joint Implementation (JI), emissionsmindernde Projekte nach bestimmten Kriterien in anderen Ländern durchzuführen und sich die dadurch erzielten Einsparungen als Zertifikate für die eigenen Kyoto-Ziele anrechnen zu lassen.

Globaler Kontext

Energiesystem in der Sackgasse

Seit dem Weltgipfel von Johannesburg 2002 besteht weltweit ein formeller Konsens darüber, dass das derzeitige globale Energiesystem nicht nachhaltig ist. Es weist gravierende Ungleichgewichte im Pro-Kopf-Verbrauch auf und belastet die lokale und die globale Umwelt auf unverträgliche Weise. Derzeit sind rund 2,4 Mrd. Menschen – vor allem in Afrika südlich der Sahara – vom Zugang zu modernen Energiedienstleistungen inklusive Elektrizität ausgeschlossen. Ländliche Regionen und benachteiligte Gruppen wie Frauen, Kinder und Minderheiten sind von diesem Mangel und seinen Folgen besonders betroffen.

Die ärmsten Länder der Welt decken 90 Prozent ihres Energiebedarfs durch Brennholz, Holzkohle, Viehdung und landwirtschaftliche Abfälle. Dieser unzureichende und ungleiche Zugang zu Energiedienstleistungen bildet in Entwicklungs- und Transformationsländern ein großes Entwicklungshindernis und stellt gleichzeitig die Ursache für ökonomische, soziale, ökologische und politische Probleme dar. Falls diese Länder in ihrer Energiepolitik ähnlich unnachhaltige Energiepfade wie die Industrieländer einschlagen sollten, so sind für alle Seiten schwerwiegende ökologische Folgen zu erwarten.

Unsere Perspektive

Energiedienstleistungen als wichtiges Werkzeug für Entwicklungsziele

Angesichts der komplexen Herausforderungen in den Partnerländern und der Expertise, die Österreich in diesem Feld anbieten kann, misst die OEZA dem Schwerpunktsektor Energie große Bedeutung zu. Energiedienstleistungen sind für die OEZA wichtige Werkzeuge, um die Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele, wie sie im EZA-Gesetz, in den Millenniumszielen oder beim Weltgipfel von Johannesburg formuliert wurden, zu erreichen. Alle Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung, wie z. B. der Zugang zu Wasser, landwirtschaftliche und industrielle Produktivität, Gesundheitsvorsorge, Bildung, Schaffung von Arbeitsplätzen, Schutz der Umwelt, Stabilisierung des Weltklimas, sind stark mit der Energieversorgung verflochten. Daher stellt die Bereitstellung moderner, erschwinglicher und nachhaltiger Energiedienstleistungen einen bedeutenden Entwicklungsfaktor dar. Energiedienstleistungen bilden eine zentrale Voraussetzung für ein *enabling environment*, d. h. für Rahmenbedingungen, unter denen sich ein leistungsfähiger Privatsektor entfalten und Arbeitsplätze schaffen kann. Indem man die Energieeffizienz verbessert und nachhaltige Energieträger fördert, kann das Spannungsfeld von Wachstums- und Umweltzielen gemildert werden.

Aktivitäten 2004–2005

Um bei der Programm- und Projektarbeit sowie im internationalen Kontext weiter an inhaltlichem Profil zu gewinnen, hat die OEZA die Arbeit an einer Leitlinie „Energie für nachhaltige Entwicklung“ begonnen und das BMF fachlich bei der Formulierung einer Strategie zum Thema Energie für die österreichische Mitwirkung in den Internationalen Finanzinstitutionen unterstützt. Auf multilateraler Ebene hat sich die OEZA weiterhin für ein gerechtes und nachhaltig gestaltetes Welt-Energie-System eingesetzt.

Die OEZA beteiligte sich 2004–2005 aktiv an allen relevanten internationalen Konferenzen für nachhaltige Energie und hat daraus resultierende Verpflichtungen mitgetragen. Sie unterstützte die *Cleaner Production Centers* der UNIDO und deren Arbeit zur Erhöhung der Energie-Effizienz. Österreich arbeitete eng mit dem UNDP zusammen und hat u. a. die Publikation des *World Energy Assessment 2000* sowie das *Up-Date 2005* unterstützt. Seit 2004 wird der Energietrustfund des UNDP dotiert. Außerdem wurden gemeinsam mit dem UNDP und der Universität Montenegro Anwendungen für energieeffizientes Bauen in Podgorica entwickelt.

Beim Bemühen der OEZA, in der Entwicklungszusammenarbeit der EU ein gemeinsames Energie-Paradigma zu verankern, liegt der bedeutendste Erfolg darin, dass Ende 2005 im „Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik“ Energie als prioritärer Aktionsbereich der Kommission festgelegt wurde. Die OEZA konnte 2005 zur Einrichtung einer AKP-Energie-Fazilität beitragen, die mit 220 Mio. Euro dotiert wurde. Auf der bilateralen Programm- und Projektebene bemühte sich die OEZA auch 2004-2005, die Entwicklungschancen der Partnerländer auf ökologisch verträgliche Art und Weise zu erhöhen, indem sie ihnen Zugang zu Energiedienstleistungen und zu der dazu notwendigen Technologie verschaffte. Dabei setzt die OEZA ihre Energie-Interventionen nur in einigen ihrer Partnerländer (Äthiopien, Bhutan, Albanien und Mazedonien) als eigenständige Sektorvorhaben um, verstärkte aber gleichzeitig das *Mainstreaming* von Energie als Querschnittskomponente in anderen Sektoren: zur Gesundheitsvorsorge z. B. durch verbesserte Öfen oder im Wassersektor durch optimierte Pumpen auf Solarenergiebasis.

Die OEZA berücksichtigte bei der Projektplanung und -umsetzung Leitprinzipien, die sicherstellen, dass energiepolitische Interventionen zur Erreichung der Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele beitragen. Österreich verfolgte dabei einen technologisch neutralen Ansatz. Der Schwerpunkt lag jedoch bei Wasserkraft, moderner Biomasse sowie Solarthermie und Geothermie für die Warmwasserbereitstellung. In jedem Fall hatte die Beachtung der Energieeffizienz höchste Priorität. Da die im Energiesektor anstehenden Investitionen durch die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit alleine nicht aufgebracht werden konnten, suchte die OEZA verstärkt nach der Einbindung von privatem Engagement. Durch Kapazitätenbildung für die mit CDM betrauten nationalen Stellen der Partnerländer, beispielsweise in Bhutan, leistete die OEZA einen Beitrag zur Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen für Projekte unter den flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls.

Unsere Erfolge

PROJEKTPARTNER

Ministry of
Trade and Industry,
Department of Energy

Bhutan: Wasserkraft treibt auch Sozialprojekte an

Als herausragendstes Projekt der letzten Jahre wurde im März 2005 die Wasserkraftwerksgruppe Basochhu (64 MW) in Bhutan fertiggestellt. Es ist das erste moderne Kraftwerk in Bhutan, das seit seiner Inbetriebnahme vollverantwortlich durch lokale Fachkräfte betrieben und gewartet wird. Das Wasserkraftpotenzial Bhutans liegt weit über dem eigenen Bedarf, daher setzt Bhutan auf Stromexport. Die Erträge aus den Kraftwerken fließen in die Entwicklung des Landes, d. h. in die Bereiche Schule, Gesundheit, Kommunikation und Infrastruktur. Schon jetzt ist die E-Wirtschaft neben dem Tourismus der stärkste Motor der Modernisierung. Wasserkraft in Bhutan bildet somit ein vorzügliches Beispiel für die angestrebte Einbindung finanzieller Mittel, die nicht aus der ODA kommen.

Die OEZA finanzierte darüber hinaus die Elektrifizierung in den Bergtälern Bhutans. Begonnen 2001, wurden in verschiedenen Provinzen seither mehr als 1400 Haushalte, also etwa 250 pro Jahr, an lokale Elektrizitätsnetze angeschlossen.

PROJEKTPARTNER

Andritz AG;
KESH (Albanian
Power Corporation)

Albanien: Neue Wasserkraft

Das umfangreichste Energieprojekt der Ostzusammenarbeit ist in Albanien zu finden. Gemeinsam mit EBRD, *Japan Bank for International Cooperation* (JBIC) und dem Schweizer Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) finanzierte die OEZA dort die Rehabilitierung von vier Wasserkraftwerken der Drin-Kaskade. Die Kraftwerke Fierza, Vau i Dejes, Ulza und Shkopeti stellen mit ihren 810 MW zusammen etwa 50 Prozent der in Albanien installierten Kraftwerksleistung dar.

PROJEKTPARTNER

BLUEWATERS
Environmental Consultants;
Wirtschaftsministerium der
Republik Mazedonien;
AEE, Arbeitsgemeinschaft
Erneuerbare Energie,
Gleisdorf;
Ministerium für Industrie
und Energie der Republik
Albanien

Mazedonien: Nutzung von Erdwärme

2004 wurde in Mazedonien das Geothermieprojekt Vinica abgeschlossen und seit 2005 die Nutzung und Nachhaltigkeit des geothermalen Feldes Podlog-Banja verbessert.

Seit 2005 unterstützt die OEZA in Albanien und Mazedonien Klein- und Mittelbetriebe bei der Herstellung von solarthermischen Anlagen.



Wirtschaft und Entwicklung

„Versöhnen wir die kreativen Kräfte des Unternehmergeistes mit den Bedürfnissen der Benachteiligten und den Erfordernissen kommender Generationen.“

Kofi Annan, The Global Compact

Übersicht OEZA-Aktivitäten Wirtschaft und Entwicklung: geografische Schwerpunkte



Schlüsselbegriffe

■ BUSINESS DEVELOPMENT SERVICES (BDS)

... umfassen ein breites Spektrum von Dienstleistungen, die Unternehmern helfen, durch Zugang zu Informationen, Wissen und Know-how ihre Produktivität und Effizienz zu steigern. Dazu zählen Messen und Ausstellungen, Trainings zu Management und Marketing sowie technische Assistenz, etwa bei der Erstellung von Business Plänen oder durch Feasibility Studien, Rechtsberatung etc.

■ MIKROFINANZDIENSTLEISTUNGEN

... umfassen das Angebot von Krediten, Spareinlagen und anderen grundlegenden Finanzdienstleistungen wie Versicherungen oder Geldtransfer. Die Klienten sind einkommensschwache Bevölkerungsgruppen, die dadurch erstmals die Grundlage für unternehmerische Initiativen erhalten.

Globaler Kontext

Wirtschaft als Instrument zur Armutsbekämpfung

Die Bekämpfung der Armut ist international als wichtigstes Ziel der Entwicklungszusammenarbeit anerkannt und auch in den Millenniumszielen verankert. In erster Linie sind zwar die Regierungen der Entwicklungs- und Industrieländer dafür verantwortlich, dass diese Ziele erreicht werden. Doch es herrscht Übereinstimmung darüber, dass der Privatsektor in öffentlich-privaten Partnerschaften beteiligt werden muss, um die Aktivitäten zur Reduzierung der Armut umzusetzen. Der Privatsektor bildet den wichtigsten Faktor bei der Schaffung von Einkommen und Beschäftigung. Bei entsprechenden Rahmenbedingungen trägt der Privatsektor mit seiner hohen Produktivität dazu bei, auch die arme Bevölkerung mit erschwierlichen Gütern und Dienstleistungen zu versorgen.

Unsere Perspektive

„Alle an den Früchten des Wachstums teilhaben lassen“

Zur Verringerung der Armut in Entwicklungsländern verweist das EZA-Gesetz 2003 auf die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieser Länder. Die OEZA strebt eine sozial ausgewogene und ökologisch nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung an.

Die OEZA will durch ihre Interventionen im Bereich Wirtschaft und Entwicklung erreichen, dass das Wirtschaftswachstum tatsächlich auch den armen Bevölkerungsgruppen zugute kommt. Das Ziel heißt *pro-poor growth* – ein Wachstum, an dem arme Bevölkerungsgruppen überproportional teilhaben und das somit die Ungleichheit verringert.

Aktivitäten 2004–2005

Die OEZA-Aktivitäten im Bereich Wirtschaft und Entwicklung umfassten:

1. Interventionen, die zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Engagement beitragen, sowie
2. Maßnahmen zur direkten Stärkung lokaler Unternehmen im Rahmen von Programmen und Projekten auf Basis mehrjähriger Planung und Koordination mit den jeweiligen Ländern, und
3. die Einbeziehung der österreichischen und europäischen Wirtschaft in Form von Unternehmens- und Entwicklungspartnerschaften.

Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Engagement

In Ergänzung zu den landesspezifischen Aktivitäten konzentrierte sich die OEZA auf zusätzliche sektorspezifische oder länderübergreifende Maßnahmen. Sie beteiligte sich finanziell an mehreren multilateralen Programmen, z. B. am regionalen Reformprogramm für Buchführung und Wirtschaftsprüfung in Südosteuropa (REPARIS – *Road to Europe – Program of Accounting Reform and Institutional Strengthening*), das von der Weltbank implementiert wird.

In Südosteuropa unterstützte Österreich weitere Projekte zur Investitionsförderung, u. a. die *Investment Promotion Agency* Mazedoniens im Kontext des *European Investor Outreach Programme* (EIOP) für Südosteuropa, und beteiligte sich am *Investment Compact* der OECD. In Afrika finanzierte die OEZA im Berichtszeitraum das Investor Outreach Programm der MIGA und unterstützte die Afrikanische Wasserfazilität der Afrikanischen Entwicklungsbank.

Mikro-, Klein- und Mittelbetriebsförderung

Die OEZA ist – internationaler *good practice* folgend – im MKMB-Bereich dazu übergegangen, nicht einzelne Unternehmen oder Unternehmensgruppen zu fördern, sondern die Funktionsweise der Märkte zu stärken.

In Uganda finanzierte die OEZA beispielsweise eine Koordinierungsstelle, die Strategien für die Entwicklung eines effizienten Privatsektors erarbeitet und durch Dialog und Lobbying deren Umsetzung betreibt. Dadurch konnte Österreich den marginalisierten Bevölkerungsgruppen Zugang zum Markt verschaffen, transparente Regeln durchsetzen und zeigen, welche Infrastruktur zur Entwicklung eines effizienten Privatsektors benötigt wird.

In Zentralamerika förderte die OEZA die Verhandlungskapazität von regionalen Institutionen mit zentralen Regierungsstellen. Auch die Bildung von regionalen Unternehmer-Netzwerken wurde unterstützt, um diese gegenüber größeren Unternehmen, die in der Wertschöpfungskette nachfolgen, zu stärken. Ziel war es, damit regionale Wirtschaftsentwicklung anzukurbeln.

In beinahe allen Partnerländern der OEZA wurden Mikrokreditprogramme und -projekte gefördert. Neu für 2004-2005 war die Entwicklung von Mikro-Finanzmärkten als eigenständiges Ziel: Die OEZA ging in diesem Zeitraum dazu über, Finanzdienstleister zu fördern, die neben Krediten auch Versicherungen oder die Verwaltung von Spareinlagen anbieten. Die OEZA beteiligte sich an einigen innovativen Projekten dieser Art in Burkina Faso, Uganda, El Salvador und in Südosteuropa.

Auf internationaler Ebene beteiligte sich die OEZA an den verschiedenen Gremien zur Geberkoordination wie z. B. der *Consultative Group to Assist the Poor*, die sich hauptsächlich mit Forschung und Entwicklung im Bereich Mikrofinanzdienstleistungen beschäftigt, sowie am *Donor Committee for Enterprise Development*.

Österreich setzte die Mikro-, Klein- und Mittelbetriebsförderung auch gemeinsam mit VN-Organisationen, v. a. mit der UNIDO, um.

Einbeziehung der österreichischen und europäischen Wirtschaft

Das EZA-Gesetz 2003 brachte den Auftrag zur „Unterstützung der nachhaltigen wirtschaftlichen, sozialen und umweltgerechten Entwicklung in den Entwicklungsländern, unter Nutzung der Synergien mit der Wirtschaft und den Entwicklungsorganisationen“. Im Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2004-2006 wurde der Arbeitsbereich zu einem Schwerpunkt.

Die OEZA entwickelte daher ein neues Konzept für dieses Arbeitsfeld. Zur verstärkten Beteiligung österreichischer Akteure an EU-Projekten und besseren Koordination mit anderen Entwicklungsagenturen wurde 2005 eine Verbindungsstelle in Brüssel installiert.

In dem neuen Konzept bietet die OEZA österreichischen bzw. europäischen Investoren in Entwicklungs- und Transformationsländern Projektpartnerschaften an, um durch Synergien von kommerziellen und entwicklungspolitischen Interessen einen konkreten Zusatznutzen für beide Partner zu erzielen.

Im April 2005 führte die OEZA „Entwicklungspartnerschaften“ (öffentlich-privat) und „Unternehmenspartnerschaften“ (*business-to-business*) ein und konnte bis Ende 2005 bereits acht Projekte starten. Mit Fördermitteln von 1,2 Mio. Euro wurden Projekte mit einem Gesamtvolumen von 7,6 Mio. Euro generiert.

Unsere Erfolge

El Salvador: Mikrokredite für Frauen

Frauen in El Salvador verschaffte die OEZA für ihre unternehmerischen Projektideen Zugang zu Mikrokrediten. Die Kleinstunternehmerinnen waren sehr erfolgreich und haben gleichzeitig gelernt, ihre Wünsche zu artikulieren und durch Lobbying auf der Ebene der Lokalpolitik ihre Interessen durchzusetzen. Ein Beispiel für erfolgreiches *Empowerment*.

PROJEKTPARTNER
ÖNSI, Österreichisches
Nord-Süd-Institut

Westafrika: Autonome Handwerksverbände

In Burkina Faso und Senegal wurden 2004-2005 Handwerkerverbände unterstützt, die nun autonom agieren und ihre Interessen vertreten. Deren Sparvereine sind mittlerweile so professionell geworden, dass sie nicht mehr nur die eigenen Ersparnisse verwalten, sondern dabei sind, sich zu Mikrofinanzdienstleistern und damit zu potenziellen Geschäftspartnern von Banken zu wandeln.

PROJEKTPARTNER
EWA, Entwicklungswerkstatt
Austria

Albanien: Verbesserte Erträge in der Milchwirtschaft

Eine Folge der Landflucht in Albanien sind hohe Importe von Milch, Fleisch und anderen Produkten, die im eigenen Land erzeugt werden könnten.

Almako – ein von der OEZA gefördertes Kompetenzzentrum in Albanien – hat dieser Entwicklung etwas entgegengesetzt: Schulungen in der Milchwirtschaft für albanische Bäuerinnen und Bauern. Viele TeilnehmerInnen überzeugten sich von der Milchproduktion österreichischer Rinderrassen, weil diese drei Mal so viel Milch geben wie die albanischen. Langfristig könnte der Marktanteil der österreichischen Rinderrassen auf 30 Prozent steigen. Die Bäuerinnen und Bauern bekommen durch den höheren Ertrag wieder eine wirtschaftliche Perspektive auf dem Land.

PROJEKTPARTNER
Austrian Regional
Business Cluster ALMAKO



*„Wenn Sie glauben, Bildung sei teuer,
versuchen Sie es mit Unwissenheit.“*

Derek Bok, ehemaliger Präsident der Universität Harvard

Übersicht OEZA-Aktivitäten Bildung: geografische Schwerpunkte



Schlüsselbegriffe

■ GRUNDBILDUNG

... zielt auf die Aneignung grundlegender Kenntnisse, Fertigkeiten, Werte und Haltungen, die jeder Mensch, ob Kind, Jugendlicher oder Erwachsener, für sein Überleben, die volle Entfaltung seiner Fähigkeiten, seine uneingeschränkte Beteiligung an der Entwicklung der eigenen Gesellschaft sowie die Fortsetzung des Lernens benötigt. Hierzu zählen z. B. Lesen, Schreiben, mündlicher Ausdruck, Rechnen und das Lösen von Problemen. Grundbildung ist jedoch kein feststehend definierter Begriff, da er sich jeweils an gesellschaftlichen Anforderungen orientiert.

■ FORMALE BILDUNG / INFORMELLE BILDUNG

Unter formaler Bildung wird die bewusste und systematische Vermittlung von Wissen, Fertigkeiten und Verhalten – mit Betonung auf Wissen – in einem klar definierten und strukturierten Rahmen von Raum, Zeit und Material sowie Standards für Lehren und Lernen verstanden.

Informelle Bildung zielt auf die Vermittlung von Verhalten, Wissen und Fertigkeiten – mit Betonung auf Verhalten – ab. Informelle Bildung lässt sehr unterschiedliche und kulturell differenzierte Muster in der Organisation von Raum, Zeit und Material sowie in der Rolle von Personen und Beziehungen (Familie, Gemeinschaft) zu.

■ BILDUNG FÜR BENACHTEILIGTE GRUPPEN / INCLUSIVE EDUCATION

Das Konzept „*Inclusive Education*“ steht im Zusammenhang mit der Stärkung umfassender und holistischer Bildungsansätze. Es sieht eine ganzheitliche Bildungskonzeption vor, die gleichermaßen auf die Lernbedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eingeht, marginalisierten und unterprivilegierten Menschengruppen jedoch besondere Berücksichtigung schenkt. *Inclusive Education* unterscheidet sich von traditionellen Konzeptionen, die für Gruppen mit speziellen Bedürfnissen spezifische Bildungsstrukturen vorsehen.

Globaler Kontext

Noch immer zu wenig und zu schlechte Bildung

Mehr als 100 Millionen Kinder erhielten 2005 weltweit keine Grundschulbildung. In den Ländern südlich der Sahara liegen die Einschulungsraten mit durchschnittlich 62 Prozent chronisch niedrig. Die Rate von Mädchen mit Grundschulbildung ist in 71 von 175 Staaten weiterhin erheblich geringer als die von Buben. Je höher die Bildungsstufe, desto größer die Ungleichheit.

In vielen Ländern ist die Qualität der Bildung weiterhin sehr mangelhaft. Inhalte und Lehrmethoden sind überholt, sodass die Kinder das Erlernte im realen Lebensumfeld kaum umsetzen können. Unter dem Druck der ansteigenden Einschulungsraten stellt man häufig LehrerInnen ohne entsprechende Qualifikationen an. Sie haben nur unzureichende Möglichkeiten zur Weiterbildung. Nicht selten bleiben sie dem Unterricht fern, weil sie nicht ausreichend bezahlt werden.

Wissenschaft und Forschung leiden in den Entwicklungs- und Transformationsländern unter der Abwanderung qualifizierter ExpertInnen (*Brain Drain*) und darunter, dass in Bereichen geforscht wird, die für die Lösung der Probleme des Landes kaum Bedeutung haben.

Internationale Entwicklungen

Auf der Schnellspur zu allgemeiner Grundschulbildung

Das UNESCO Weltbildungsforum *Education for All* (EFA) in Dakar formulierte im Jahr 2000 sechs Bildungsziele, die bis zum Jahr 2015 erreicht werden sollen, darunter die Ausweitung der Vorschulerziehung und der allgemeine Zugang zu unentgeltlicher und hochwertiger Grundschulbildung. Um die Erreichung der EFA-Ziele zu beschleunigen, wurde die *Fast Track*-Initiative gegründet, die von mehr als 30 Gebern unterstützt wird. Um nur zwei Ziele – Geschlechtergleichstellung und universelle Grundschulbildung – bis 2015 zu erreichen, müssten die derzeitigen Ausgaben für Bildung verdoppelt werden.

Unsere Perspektive

Bildung mindert Benachteiligung und fördert Frieden

Zu den Hauptzielen der OEZA zählen die Sicherung eines breiten Bildungszugangs, insbesondere für Frauen und gesellschaftlich benachteiligte Gruppen, die Qualitätssicherung im Bildungssektor des Partnerlands, die Überwindung des wissenschaftlichen und technologischen Nord-Süd-Gefälles sowie die Unterstützung demokratischer Strukturen.

Während in den südlichen Partnerländern Projekte auf allen Bildungsebenen durchgeführt werden, konzentriert sich die OEZA in Südosteuropa auf die Berufsbildung und Höhere Bildung. Die Bildungspolitik zielt in Südosteuropa auf die Schaffung von Beschäftigung, auf sozialen Frieden und Konfliktprävention. Außerdem soll sie die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung fördern und die europäische Integration unterstützen.

Aktivitäten 2004–2005

Der Schwerpunkt der OEZA-Förderungen lag im Berichtszeitraum im Bereich Wissenschaft und Forschung – konkret: in der Ausbildung von JungakademikerInnen, denen in Österreich wie auch in der jeweiligen Partnerregion wissenschaftliche Fortbildung bzw. Forschungstätigkeit ermöglicht wird. Sie sollen die personellen und institutionellen Kapazitäten der Partnerländer stärken und damit wirtschaftliche Innovationsprozesse unterstützen. So wurde 2004-2005 in Burkina Faso

ein regionales Stipendienprogramm eingerichtet, das auf den Erfahrungen mit ähnlichen Projekten in Äthiopien und Uganda aufgebaut wurde.

In Südosteuropa konzentrierte sich die OEZA 2004-2005 auf die institutionelle Stärkung der Universitäten. Curricula-Entwicklung, Verbesserung der Infrastruktur, Qualitätssicherung, Heranführung an europäische Standards, „*Brain Gain*“ (Maßnahmen gegen *Brain Drain*) und Universitätsreformen zählten 2004-2005 zu den wichtigsten Maßnahmen.

In der beruflichen Bildung lag der Schwerpunkt auf Ausbildungsprogrammen im formellen sowie informellen Sektor.

Im Süden fokussierte die OEZA ihre Aktivitäten für Berufsausbildung in Burkina Faso. Im Rahmen des neuen Landesteilprogramms „Berufliche Bildung 2005-2007“ wird die burkinische Regierung in Kooperation mit anderen Gebern – Dänemark, Niederlande, China, Luxemburg, Schweiz und Frankreich – bei der Erstellung einer kohärenten Berufsbildungspolitik unterstützt. Gemeinsam mit Frankreich und der Schweiz finanzierte die OEZA die Normierung von Berufsbildung, die Handwerkern und Jugendlichen ohne regulären Schulabschluss zugute kommen soll.

In Südosteuropa förderte die OEZA länderübergreifende Projekte zur Modernisierung von Tourismus- und Wirtschaftsschulen. In Albanien und Moldau unterstützte die OEZA zudem die Qualitätssteigerung der landwirtschaftlichen Ausbildung. Durch enge Kooperation mit Unternehmen der Region sollen die landwirtschaftlichen Schulen zu Kompetenzzentren für ländliche Entwicklung werden.

Ergänzend kofinanzierte die OEZA auf allen Bildungsebenen vor allem solche NRO-Projekte, die zur Qualitätssteigerung des Unterrichts beitragen und benachteiligten Kindern wie Flüchtlingen, Mädchen oder Angehörigen von Minderheiten verstärkten Zugang zu Bildung ermöglichen. Vorschulerziehung und Alfabetisierung von Erwachsenen waren weitere Schwerpunkte.

Auf internationaler Ebene bringt sich die OEZA aktiv in die EU-ExpertInnen-Arbeitsgruppe Bildung und in die *Association for the Development of Education in Africa* (ADEA) ein.

Unsere Erfolge

Südosteuropa: ECONET und TOURREG verbessern die Arbeitschancen von Wirtschafts- und TourismusschülerInnen

PROJEKTPARTNER
KulturKontakt Austria

Das Projekt ECONET bietet SchülerInnen von berufsbildenden Wirtschaftsschulen die Möglichkeit, virtuelle Übungsfirmen zu gründen und darin das reale Wirtschaftsleben zu simulieren. Das Projekt förderte besonders praxisbezogene arbeitsmarktorientierte Schlüsselqualifikationen, wie z. B. betriebswirtschaftliches Wissen und EDV. Die AbsolventInnen haben dadurch deutlich bessere Jobchancen.

Gleichzeitig unterstützte das Projekt die Verbesserung der LehrerInnenausbildung und die Reform der Lehrpläne. Bisher konnten Übungsfirmen in Albanien, Bulgarien, Rumänien und Mazedonien etabliert werden. In Serbien, Kosovo, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Moldau wurde an der Umsetzung dieses Konzepts gearbeitet. Das TOURREG Projekt verfolgt den gleichen methodischen Ansatz bei der Tourismusausbildung.

Burkina Faso: Reformierte Berufsausbildung verhilft zu Jobs im informellen Sektor

PROJEKTPARTNER
BPI, Berufspädagogisches
Institut Mödling

Die OEZA finanzierte in Burkina Faso drei Pilotenrichtungen, in denen die technische Ausbildung an die Bedürfnisse des informellen Sektors angepasst wird. Denn die AbsolventInnen von Berufsschulen finden fast ausschließlich in diesem Bereich Arbeit. So wurden etwa die Ausbildungspläne für Installateure, Färber und Weber sowie für Elektrotechnik und das Gastgewerbe reformiert.

Europa und Ostafrika: Netzwerk der Wasserforschung

PROJEKTPARTNER
Österreichische Akademie
der Wissenschaften,
Institut für Limnologie,
Mondsee mit Egerton
University, Kenia

Um die wasserbezogene Forschung und Ausbildung in Ostafrika zu verbessern und die Partnerinstitutionen bei der Lösung von ökologischen Problemen zu stärken, wurde ein internationales Post-Graduate-Training-Programm in Limnologie (IPGL) entwickelt. Im Rahmen eines internationalen Netzwerks waren Forschungsinstitutionen aus den Niederlanden, der Tschechischen Republik, Uganda, Kenia und Tansania daran beteiligt. Die akademische Akkreditierung für den Ausbildungskurs „*Tropical Limnology*“ wurde sowohl in Europa als auch in Ostafrika eingereicht – wichtige Schritte zur Entwicklung eines partnerschaftlichen Ausbildungs- und Forschungsprogramms zwischen Europa und Ostafrika.

Uganda und Wien: Dank Kontrollsystem bessere Chancen für Biobauern

PROJEKTPARTNER
Universität für Bodenkultur
Wien mit Makerere
Universität, Kampala

15 Studierende aus Uganda und zehn aus Österreich nahmen im Juli 2005 an einer dreiwöchigen *Summer School* teil, die gemeinsam von der Makerere University in Uganda und der Wiener Universität für Bodenkultur durchgeführt wurde. Bei Vorlesungen und praktischer Arbeit im Feld entwickelten die TeilnehmerInnen ein Kontrollsystem für Biobetriebe, das es den Bäuerinnen und Bauern ermöglicht, ihre Produkte auf dem rasch wachsenden Markt für ökologisch erzeugte Produkte zu verkaufen.

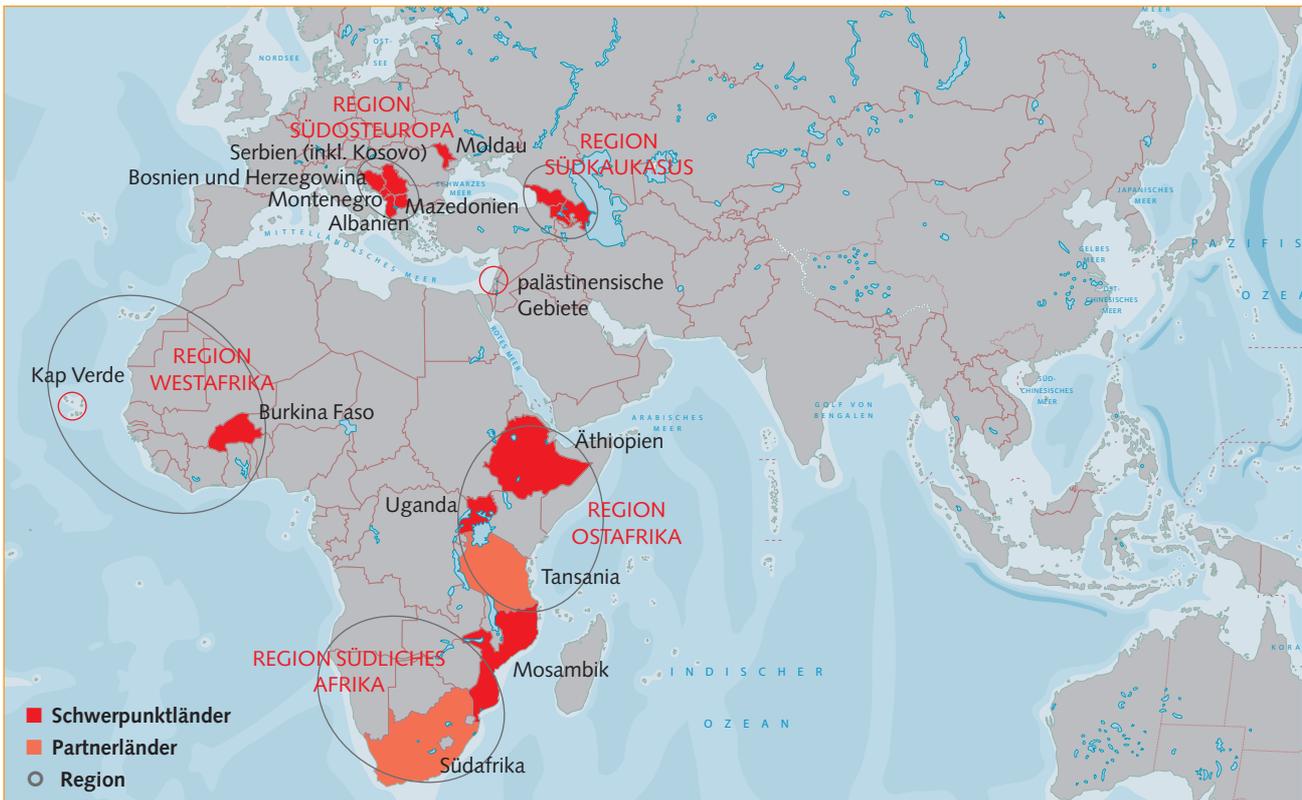


Good Governance

„Menschliche Sicherheit ist weit mehr als die Abwesenheit von gewaltsamem Konflikt. Sie umfasst Menschenrechte, good governance und Zugang zu ökonomischen Chancen, Bildung und Gesundheitsvorsorge.“

Bericht der Kommission für Menschliche Entwicklung, 2003

Übersicht OEZA-Aktivitäten Good Governance: geografische Schwerpunkte



Schlüsselbegriffe

■ EMPOWERMENT

... ist ein Prozess, der Benachteiligte dazu befähigt, ihre Rechte wahrzunehmen. Arme sollen die Fähigkeit erwerben, an Institutionen, die ihr Leben beeinflussen, teilzuhaben, mit ihnen zu verhandeln und sie zur Rechenschaft zu ziehen.

■ OWNERSHIP

Nicht nur die Regierung eines Staats soll Verantwortung übernehmen, sondern auch die Partner auf lokaler Ebene. In erster Linie sollen sie den eigenen Entwicklungsprozess steuern („to be in the driver's seat“).

■ MENSCHLICHE SICHERHEIT

... beschreibt wirtschaftliche, soziale und politische Aspekte von Sicherheit ebenso wie die Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen als Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben von Menschen. Sowohl die armutsbedingte mangelhafte Umsetzung der Menschenrechte (z. B. im Hinblick auf Nahrung oder Gesundheit) als auch zwischen- und innerstaatliche bewaffnete Konflikte stellen eine Gefahr für die menschliche Sicherheit dar.

Globaler Kontext

Ohne Menschenrechte keine Entwicklung

Good Governance, Menschenrechte und Dezentralisierung, Demokratisierung, Friedenssicherung und Konfliktprävention sind zentrale Anliegen der OEZA: Wenn Institutionen schlecht funktionieren, wo Intransparenz und Korruption auf der Tagesordnung stehen, durch bewaffnete Konflikte ständig Menschenrechte verletzt werden, politischer Wille für Armutsbekämpfung fehlt oder unzureichende Kapazitäten vorhanden sind, trifft das die Armen besonders, weil sie kaum ihre Rechte einfordern können. Diese Faktoren bilden ein wesentliches Risiko für menschliche Entwicklung.

Ein gut funktionierender öffentlicher Sektor, der Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit und Partizipation achtet und den BürgerInnen gegenüber Rechenschaft leistet, eine lebendige Zivilgesellschaft, welche die Bedürfnisse der Armen äußern und einfordern kann, sowie ein Rechtswesen, das Rechtssicherheit vermittelt, tragen zu menschlicher Sicherheit und Armutsminderung bei.

Mit Dezentralisierung kommt die politische Macht näher zu den BürgerInnen. Darunter versteht man, dass politische Entscheidungskompetenzen und budgetäre Ressourcen auf die Ebene der Provinzen, Distrikte und insbesondere der Gemeinden verlagert und die jeweiligen Institutionen wie Gemeindebehörden, aber auch gewählte VertreterInnen gestärkt werden. Die dezentralen Verwaltungs- und Regierungsinstitutionen übernehmen dabei die Verantwortung, Infrastruktur zu schaffen und soziale Dienstleistungen anzubieten. Die Einbindung der lokalen Bevölkerung – vor allem armer und benachteiligter Bevölkerungsgruppen – in die Planung und Budgeterstellung ist dabei Grundbedingung.

Unsere Perspektive

Konfliktprävention und Friedenssicherung

Menschliche Sicherheit und Friedenssicherung zählen zu den gesetzlich verankerten Hauptzielen der OEZA. Diese Ziele werden in allen Landes- und Regionalprogrammen konkretisiert.

Einige der Schwerpunkt- und Partnerländer der OEZA liegen in Regionen, in denen gewaltsame Konflikte ausgetragen werden. Manche Länder befinden sich in einer Post-Konfliktphase oder sind fragile Staaten mit schwacher oder fehlender Regierungsführung.

Gewaltsame Konflikte verursachen stets großes individuelles Leid und hohe wirtschaftliche Kosten. Die OEZA verstärkte daher ihr Engagement im Bereich pro-aktiver Konfliktprävention. Friedenssicherung und Konfliktprävention zielen darauf ab, die strukturellen Voraussetzungen für einen andauernden Frieden und für Gerechtigkeit zu schaffen, welche die Grundlage für nachhaltige Entwicklung und Wohlstand sowie für ein Leben in Sicherheit und in Freiheit von Not und Angst bilden.

Aktivitäten 2004–2005

In den Jahren 2004–2005 war es das vorrangige Ziel, die Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit als grundlegendes Ziel in der OEZA systematisch zu verankern.

2005 erarbeitete die OEZA Leitlinien zu *Good Governance*, Menschenrechten sowie zur Friedenssicherung und zur Konfliktprävention. Neue Akzente wurden durch Fortbildungsangebote für die MitarbeiterInnen der OEZA gesetzt.

Auf Programm- und Projektebene wurden die Aktivitäten in Ostafrika, Zentralamerika und im Südkaukasus inhaltlich um *Good Governance*-Aspekte ergänzt. Themenspezifisch verfolgte die OEZA Projekte zur Justizreform in Uganda, Bosnien und Herzegowina sowie Serbien, zur Unterstützung von Friedensprozessen in Sri Lanka oder etwa zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten in Nord-Uganda.

Darüber hinaus förderte die OEZA globale und regionale Initiativen zur Konfliktvermeidung (Westafrika) und zur Früherkennung von Konflikten. Ein neuer Schwerpunkt wurde 2005 im Bereich Demokratisierung erfolgreich mit der Unterstützung von Parlamenten gesetzt.

Ein wichtiges Thema für die OEZA war die Integration der Menschenrechte und Demokratisierung in die Planungsinstrumente der Weltbank, die so genannten *Poverty Reduction Strategy Papers*. Die Mitgestaltung der Leitprinzipien zu Good Governance und Menschenrechten in der Entwicklungszusammenarbeit im OECD-Entwicklungshilfeausschuss, der neue Vorgaben für die Geber formuliert, gehörte 2004-2005 zu den wesentlichen Strategiearbeiten auf dem Gebiet.

Menschenrechtsbildung in Südosteuropa

Das Grazer European Training Centre entwickelte gemeinsam mit verschiedenen universitären Institutionen in der Region Südosteuropa Unterrichtsmaterialien im Bereich Menschenrechte. 2004-2005 wurden MenschenrechtstrainerInnen ausgebildet, die als Multiplikatoren (*Train the trainer*) eingesetzt werden können.

Konferenz der Großen Seen

Als Mitglied der *Group of the Friends of the Great Lakes* hat Österreich die Gipfeltreffen 2004 und 2005 im Friedensprozess finanziell unterstützt. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat diesem Prozess das Ziel gegeben, mehr Frieden und Sicherheit, Demokratie und *Good Governance* sowie eine bessere regionale Integration und wirtschaftliche Entwicklung im Gebiet der Großen Seen zu erreichen.

UNICEF-Projekt auf Kap Verde

Der Kampf gegen Straflosigkeit ist ein Schwerpunkt der österreichischen Menschenrechts- und Entwicklungspolitik. Zur Stärkung nationaler Institutionen zur Beendigung von Straflosigkeit bei Verstoß gegen die Rechte von Kindern auf Kap Verde wurde 2005 das UNICEF-Projekt „*Strengthening National Institutions to End Impunity for Violation of Children's Rights*“ unterstützt. Das Projekt ist über einen Zeitraum von zwei Jahren angelegt.

Unsere Erfolge

Uganda: Rehabilitation und Reintegration für Kindersoldaten

Das Projekt soll ehemaligen Kindersoldaten in einem Zentrum in Gulu in Nord-Uganda neben einer psychologischen Betreuung eine berufliche Ausbildung ermöglichen und sie in weiterer Folge dazu befähigen, ihren Lebensunterhalt selbstständig zu bestreiten. Angeboten wurden Unterricht in Lesen und Schreiben, Haushaltsführung und grundlegender Hygiene sowie Aufklärung über Menschen- und Frauenrechte. In einem Versuch mit 300 Jugendlichen wurde 2004-2005 erfolgreich getestet, ob das Ausbildungsangebot mit der Nachfrage am Arbeitsmarkt tatsächlich übereinstimmt. Während des Aufenthalts der Kinder im Zentrum versuchten MitarbeiterInnen, die Familien der Jugendlichen ausfindig zu machen und die Rückkehr in ihre Familien vorzubereiten. Zusätzlich bot das Projekt auch eine Komponente zur Fortbildung von Erwachsenen an, wobei der Frauenanteil bei etwa 60 Prozent lag.

PROJEKTPARTNER
Missio Austria

Guatemala: Zweisprachiger Unterricht in Maya-Gemeinden

In Guatemala waren Maya-Gemeinden lange vom öffentlichen Leben ausgeschlossen. Die Förderung ihrer Rechte führte zu einem neuen Selbstverständnis und ermöglicht der indigenen Bevölkerung die aktive Teilnahme am öffentlichen Geschehen. Österreich unterstützte den zweisprachigen Unterricht in Maya-Gemeinden im westlichen Hochland, Kulturaustausch und die Anerkennung des traditionellen Maya-Rechts. Auch Frauenorganisationen und Netzwerke wurden gestärkt, die gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Unterdrückung der Maya-Frauen auftreten. Gleichberechtigte und respektvolle Beziehungen der Geschlechter in der Familie und Dorfgemeinschaft schaffen Rahmenbedingungen, die eine aktive Beteiligung der Frauen am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

PROJEKTPARTNER
ÖNSI, Österreichisches
Nord-Süd-Institut

Westafrika: „Strategische Partnerschaft für den Frieden“ (PASPA)

Diese pro-aktive Plattform, die unterschiedliche Akteure aus der Zivilgesellschaft und den Regierungsorganisationen Westafrikas sowie aus der regionalen Organisation ECOWAS zusammenbringt, ist ein innovativer österreichischer Beitrag zur Vermeidung von gewaltsamen Konflikten. Dieses länderübergreifende Netzwerk dient dem Austausch, der Bewusstseinsbildung, der Anwaltschaft im Bereich Friedenssicherung und Konfliktprävention sowie der Weiterbildung ihrer Mitglieder, die als MultiplikatorInnen in ihren Ländern fungieren. Thematische Schwerpunkte von PASPA sind die Rolle der Medien in Konflikten, die Landfrage und die Rolle der Jugend.

PROJEKTPARTNER
Austroprojekt



*„Es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit –
und keine Gerechtigkeit ohne Frauen.“*

Renate Winter, Richterin am Internationalen Sondergerichtshof Sierra Leone

Schlüsselbegriffe

■ GENDER

... ist ein Begriff, der auf die zwischen Frauen und Männern bestehenden sozialen Unterschiede verweist, die erlernt werden, sich im Laufe der Zeit ändern können und sich sowohl innerhalb ein und derselben Kultur als auch zwischen verschiedenen Kulturen stark voneinander unterscheiden.

■ GENDER-MAINSTREAMING

... besteht in der (Re-)organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung politischer Prozesse mit dem Ziel, eine geschlechterbezogene Sichtweise in alle politischen Konzepte auf allen Ebenen und in allen Phasen durch alle an solchen Entscheidungen beteiligten Akteure einzubeziehen.

■ GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG

... ist eine Situation, in der alle Menschen ihre persönlichen Fähigkeiten frei entwickeln und freie Entscheidungen treffen können, ohne durch strikte geschlechtsspezifische Rollen eingeschränkt zu werden, und in der die unterschiedlichen Ziele und die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern in gleicher Weise berücksichtigt, anerkannt und gefördert werden.

■ EMPOWERMENT

(Ermächtigung zu eigenverantwortlichem Handeln): Prozess, in dessen Verlauf sich eine Person Zugang zu Möglichkeiten verschafft und sich Fähigkeiten aneignet, die sie in den Stand versetzt, ihr eigenes Leben und das Los der Gemeinschaft, in der sie lebt, in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht mitzugestalten.

Europäische Kommission, 100 Begriffe aus der Gleichstellungspolitik

Globaler Kontext

Verbesserungen, aber noch keine Gleichstellung

Seit der ersten Weltfrauenkonferenz 1975 hat sich die Gleichstellung der Frauen in vielen Bereichen verbessert. Heute besucht ein deutlich höherer Anteil von Mädchen die Schule als vor 30 Jahren, die Lebenserwartung von Frauen ist gestiegen und die Müttersterblichkeit zurückgegangen, Frauen sind sowohl in der Arbeitswelt als auch in der Politik weit stärker vertreten. Doch die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern, der so genannte *Gender Gap*, besteht nach wie vor. Eine Gegenüberstellung:

- Die Einschulungsraten von Buben sind – weltweit – noch immer höher.
- Von der AIDS-Krise sind Frauen stärker betroffen als Männer.
- Die unsichersten Arbeitsplätze und die niedrigsten Löhne werden Frauen zugewiesen.
- Vorgeburtliche Selektion und Vernachlässigung von Mädchen führen zu einem Ungleichgewicht im Geschlechterverhältnis in Indien und China.
- Männer sind etwa sieben Mal häufiger in der Politik vertreten als Frauen, vor allem in Südosteuropa.

Gleichstellung von Frauen und Männern bleibt auf der Tagesordnung

Im internationalen Rahmen besteht Einvernehmen darüber, dass es besonderer Anstrengungen bedarf, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen. Zuletzt wurde dies 2005 auf dem VN-Reformgipfel und im „Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik“ bekräftigt.

Unsere Perspektive

Vier Kernbereiche für Gender

2005 formulierte die OEZA Leitlinien, die auf die Gleichstellung und das *Empowerment* von Frauen abzielen. Sie umfassen vier Kernbereiche:

1. die Stärkung der Frauen in ihren Menschenrechten wie Bildung und Gesundheit,
2. den Zugang zu ökonomischen Ressourcen,
3. die Ermöglichung ihrer politischen Teilhabe und
4. ihre persönliche Sicherheit, z. B. Schutz vor Gewalt oder Menschenhandel.

Die OEZA hat sich zu einem *Gender-Mainstreaming* verpflichtet, d. h. alle Entwicklungsmaßnahmen werden daraufhin geprüft und verbessert, ob sie zur Gleichstellung der Geschlechter beitragen.

Aktivitäten der OEZA 2004–2005

2004 nahm die OEZA verstärkt gender-relevante Aktivitäten in Angriff. Fortbildungen für MitarbeiterInnen zu den internationalen Frauenrechte-Konventionen und zur Umsetzung des *Gender-Mainstreamings* wurden auch in Uganda und Äthiopien durchgeführt.

Unsere Erfolge

PROJEKTPARTNER

APDA, Afar Pastoralist
Development Association

Äthiopien: Menschenrechte – wie Nomadenfrauen gesünder werden

In Nordost-Äthiopien unterstützte die OEZA die *Afar Pastoralist Development Association* – eine lokale NRO, die mobile Gesundheitsteams ausbildet. Die OEZA finanzierte Trainings, medizinische Ausrüstung und Honorare der mobilen SozialarbeiterInnen. Diese unterrichteten die Nomadenfrauen in Hygiene und Ernährungslehre, sie bildeten traditionelle Geburtshelferinnen aus und begleiteten sie bei ihrer Arbeit.

Es hat sich als besonderer Erfolg des Projekts erwiesen, dass die lokalen religiösen Führer in die Bekämpfung der weiblichen Genitalbeschneidung miteinbezogen wurden. Einige Beschneiderinnen haben mit ihrer Arbeit aufgehört. In manchen Distrikten werden Beschneidungen nicht mehr gegen den Willen des Mädchens durchgeführt.

PROJEKTPARTNER

ÖNSI, Österreichisches
Nord-Süd-Institut

Nicaragua: Ökonomische Möglichkeiten – Frauen als Unternehmerinnen

In der Stadt Estelí förderte die OEZA wirtschaftliche Initiativen von Frauen. Zum Beispiel wurden eine Schneiderei, eine Fleischhauerei und sogar ein Radiosender ins Leben gerufen. Frauen erhielten Beratung und die Möglichkeit sich fortzubilden. Außerdem bekamen sie die nötigen Kredite, um ökonomisch unabhängig zu werden und Arbeitsplätze zu schaffen.

„Gemeinsam sind wir stark“ – nach diesem Motto unterstützte das Projekt erfolgreich auch Selbsthilfegruppen und den Zusammenschluss von Unternehmerinnen, um sich gegenseitig bei der Beschaffung, Vermarktung, Produktinnovation und dem Transfer angewandter und angepasster Technologien zu helfen. Kredite konnten bereits zurückgezahlt werden, die Programme expandieren – eine Unabhängigkeit, die die Position der Frauen auch innerhalb ihrer Familien gestärkt hat.

PROJEKTPARTNER

ICIMOD, International
Centre for Integrated
Mountain Development

Himalaya-Hindukush: Politische Partizipation – Frauenrechte und -repräsentation

Die OEZA förderte 2004-2005 die regionale Organisation ICIMOD (*International Centre for Integrated Mountain Development*), die in der Himalaya-Hindukush-Region aktiv ist. ICIMOD setzt sich dafür ein, dass Frauen einen garantierten Zugang zu natürlichen Ressourcen wie Land, Wald, Wasser und Weideland erhalten. Das sichert das Überleben der Gemeinschaften, soziale Gerechtigkeit und gute Regierungsführung. HIMAWANTI, ein Frauennetzwerk in Nepal, das von ICIMOD unterstützt wird, fördert Frauenrechte und bietet Rechtsberatung an. In ähnlicher Weise engagiert sich die NRO SUNGI in Nordwest-Pakistan für Frauenrechte und die Repräsentation von Frauen in Gemeinderäten. Zahlreiche Partnerorganisationen von ICIMOD setzen sich in der Region für die Landrechte der Frauen ein. Dabei kombiniert ICIMOD Information und Training mit *lobbying* und *advocacy*, um die Regierungen zu entsprechender Gesetzgebung zu bewegen.

PROJEKTPARTNER

Belgrad: IOM, International
Organization for Migration;
Counselling Against
Family Violence (CAFV);
Gnjilane: Stadtgemeinde
Gnjilane mit Caritas
Österreich

Südosteuropa: Persönliche Sicherheit – Schutz und Beratung für Frauen

Die OEZA unterstützte 2004-2005 lokale Frauenhäuser in Belgrad und im Kosovo. Frauen, Kinder und Jugendliche, die Opfer häuslicher Gewalt wurden, unter Armut leiden oder durch die Ereignisse des Balkankriegs traumatisiert wurden, finden in Schutzzentren Zuflucht. Neue Chancen eröffnen sich. Das Frauen- und Kinderschutzzentrum in Gnjilane/Kosovo etwa bietet mit österreichischer Unterstützung Rechtsberatung und psychologische Betreuung. Spezifische Ausbildungsprogramme wie Computerkurse oder Sprachunterricht schaffen neue berufliche Perspektiven.



Entwicklungs- politische Kommunikation

„Es sind Menschen, die Veränderungen bewirken. In der Kommunikation geht es um Menschen. Kommunikation für Entwicklung ist wesentlich, damit sich etwas bewegt.“

Nelson Mandela

Schlüsselbegriffe

■ GLOBALES LERNEN

... vermittelt Wissen über die Welt, informiert über weltweite Zusammenhänge und fördert verantwortungsvolles Handeln im Sinne einer global nachhaltigen Entwicklung.
Österreichische Strategieguppe Globales Lernen

■ BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

... meint eine umfassende, zukunftsfähige Bildung, die ein friedliches, solidarisches gesellschaftliches Zusammenleben in Freiheit und damit in einer Welt nachhaltiger Entwicklung möglich macht.
ExpertInnengruppe des Lebens- und Bildungsministeriums zu Bildung und Nachhaltige Entwicklung, 2006

Der Hintergrund

Dass die internationalen Entwicklungsziele und Fortschritte im Kampf gegen die weltweite Armut nur erreicht werden können, wenn eine breite Öffentlichkeit in den Industriestaaten die internationalen Entwicklungsanstrengungen kritisch begleitet und unterstützt, wurde sowohl auf Ebene der Europäischen Union als auch der Vereinten Nationen vielfach bekräftigt. Entwicklungspolitische Information und Kommunikation auf allen gesellschaftlichen Ebenen ist daher ein Schwerpunkt aller EU-Partner und des DAC der OECD. Nachhaltige Entwicklung soll in die Bildungssysteme auf allen Stufen integriert und damit Bildung als Wirkkraft für gesellschaftliche Veränderung besonders gefördert werden. Die VN-Dekade „Bildung für Nachhaltige Entwicklung 2005-2014“ ist Ausdruck dieser internationalen Überzeugung.

Unsere Perspektive

Akzeptanz und Unterstützung der österreichischen Bevölkerung für Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit setzt eine lebendige Kommunikation über entwicklungsbezogene Fragen in der österreichischen Gesellschaft voraus. Die OEZA kommuniziert daher selbst aktiv über staatliche Zielsetzungen und Leistungen sowie über ihre Programme und Projekte. Damit schafft sie Voraussetzungen für ein besseres Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit und Transparenz über die Verwendung der Steuermittel.

Mit ihren Fördermaßnahmen verfolgt die OEZA besonders die breite und qualifizierte Beteiligung der Öffentlichkeit an der Auseinandersetzung mit Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit. Zivilgesellschaftlichen Organisationen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Sie verfügen aufgrund ihrer Erfahrungen über vielfältige Kontakte und Kompetenz in allen Bereichen nachhaltiger Entwicklung und sind finanziell und personell in der österreichischen Gesellschaft gut verankert. Sie zeichnen sich durch föderale Strukturen und Kleingliedrigkeit aus. Es gibt ca. 1000 entwicklungspolitische Gruppen in Österreich und eine ausgeprägte ehrenamtliche Struktur.

Durch OEZA-Förderung soll auch die Weiterentwicklung und Stärkung des Globalen Lernens als zukunftsorientiertes inhaltliches und pädagogisches Konzept in Österreich im formalen Bildungsbereich stärker verankert werden. Im Vordergrund steht die enge Zusammenarbeit mit dem BMBWK sowie mit anderen einschlägig tätigen öffentlichen und privaten Organisationen.

Das Förderprogramm für die entwicklungspolitische Informations-, Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit 2004-2006 ermöglicht einen koordinierten und effektiven Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel und stellt zudem die Transparenz über Förderpolitik und Förderentscheidungen sicher.

Aktivitäten 2004-2005

Die Jahre 2004-2005 standen im Zeichen der Umstrukturierung der OEZA. Das Informationsbüro der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit wurde ebenso wie die bisher von KommEnt – Gesellschaft für Kommunikation und Entwicklung abgewickelte Förderung entwicklungspolitischer Informations-, Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit in die ADA integriert.

Die Fördermaßnahmen unterstützten im Berichtszeitraum eine weitere Verbesserung der inhaltlichen und methodischen Zugänge in der Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Qualitätsentwicklung in den einzelnen Programmen sowie der Einsatz innovativer Kommunikationsformen waren wesentliche Voraussetzungen für die Förderung. Die nachhaltige Wirksamkeit der Projekte wurde durch eine kontinuierliche Arbeit zu Schwerpunktthemen und mit ausgewählten Zielgruppen erreicht. Die Millenniums-Entwicklungsziele, der Faire Handel, das Globale Lernen und der Dialog der Kulturen standen dabei im Zentrum. Die Projekte richteten sich vorrangig an MultiplikatorInnen in Bildung, Wissenschaft, den Medien, den Parteien, den Kirchen, den NRO. Eine inhaltliche wie methodische Erweiterung erfolgte über Kooperationen besonders in den Bereichen Umwelt, Soziales, Wirtschaft (inkl. Landwirtschaft) und Kultur.

Im Rahmen der OEZA-Öffentlichkeitsarbeit konnte in Kooperation mit 3sat die Fernsehreihe „Ferne Nachbarn“ verwirklicht werden. Partnerländer der OEZA wurden in 12 halbstündigen Dokumentationen porträtiert. Die Beiträge wurden auch in ORF 1 ausgestrahlt und stehen mit ergänzendem Unterrichtsmaterial auch für die Bildungsarbeit zur Verfügung.

Mit ausführlichen Presseunterlagen, Presseaussendungen, Pressekonferenzen und Projektreisen wurden JournalistInnen eingehend über Leistungen und Projekte der OEZA sowie Themen internationaler Entwicklungspolitik informiert.

Veranstaltungen wie eine international besetzte Filmpräsentation und Podiumsdiskussion anlässlich des zehnten Jahrestages des Genozids in Ruanda oder zwei Veranstaltungen zum Internationalen Tag der Welternährung (16.10.) in Kooperation mit dem Lebensministerium boten ein Forum für Information, Austausch und Vernetzung.

Regelmäßig informierten die vierteljährlich erscheinenden Weltnachrichten, der monatliche OEZA-Infodienst und die Webseiten www.aussenministerium.at/oeza sowie www.ada.gv.at über aktuelle Ereignisse und Entwicklungen in den OEZA Partnerländern und in Österreich.

Im Informationsbüro der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit wurden darüber hinaus rund 1.100 telefonische oder schriftliche Anfragen von JournalistInnen und entwicklungspolitisch Interessierten beantwortet. Rund 4.700 Informationsmaterialien wurden verteilt.

Unsere Erfolge

Informationskampagne zu den Millenniums-Entwicklungszielen

Einen besonderen Schwerpunkt bildete der Start einer mehrjährigen Informationskampagne zu den Millenniums-Entwicklungszielen (MDGs). Die „8 Ziele für die Welt“ wurden in TV Spots, Medienberichten, Broschüren und Veranstaltungen bekannt gemacht. Unter dem Motto „Armut bekämpfen – Ernährung sichern“ (2004) sowie „Frauen stärken – Chancen für alle“ (2005) wurden die Inhalte der Entwicklungsziele verständlich und anschaulich einer breiten Öffentlichkeit vermittelt.

Verstärkt und vertieft wurden die Aktivitäten durch geförderte Projekte entwicklungspolitischer NRO. Mit einer eigenen Einladung zur Einreichung von Projekten zu den MDGs konnten 11 Projekte mit einer Gesamtsumme von rund 325.000 Euro gefördert und im Zeitraum Juli 2004 bis September 2005 durchgeführt werden. Die Projekte umfassten eine österreichweite Posterkampagne, Publikationen, Artikelserien in Zeitungen, Theaterstücke bis hin zu *Workshops*, Fachtagungen sowie eine neue Website für SchülerInnen, die in Kooperation mit dem österreichischen Unterrichtsministerium erstellt wurde. Der Erfolg dieser Förderungskampagne wurde evaluiert, die Erfahrungen ausgewertet und *lessons learned* für die zukünftige entwicklungspolitische Inlandsarbeit festgehalten.

In der Eurobarometer Umfrage 2005 liegt Österreich im Vergleich der europäischen Mitgliedstaaten mit einem Bekanntheitswert der MDGs bei der österreichischen Bevölkerung von 18 Prozent an dritter Stelle hinter Schweden und Italien. Eine Bestätigung der geleisteten Arbeit – aber gleichzeitig ein Auftrag zur Weiterarbeit!

Kurzberichte: Rückschau 2004–2005

■ 1. Jänner 2004

Die Austrian Development Agency wird operativ

Mit den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen 2003 und der Gründung der Austrian Development Agency (ADA) wurde die OEZA 2004-2005 strukturell modernisiert und auf die aktuellen internationalen Herausforderungen vorbereitet.

Die ADA ist eine gemeinnützige GmbH im Eigentum des Bundes und seit 2004 als operativer Teil der OEZA gemäß den strategischen Vorgaben des Dreijahresprogramms der OEZA tätig.

Das BMAA-Sektion VII ist für die inhaltliche Ausrichtung der OEZA zuständig und entwickelt Politik- und Strategievorgaben. Sie leitet den Dialog mit den Partnerländern und ist in die Geberkoordination in allen zuständigen internationalen Gremien eingebunden, um die Harmonisierung und Abstimmung von bilateralen und multilateralen Programmen sicherzustellen.

Die ADA ist verantwortlich für die Umsetzung der bilateralen Programme und Projekte des BMAA und verwaltet das entsprechende Budget. Sie kooperiert eng mit NRO und Unternehmen. Durch Bildungs- und Informationsarbeit (mehr unter: Entwicklungspolitische Kommunikation) in Österreich leistet die ADA einen wichtigen Beitrag zum Verständnis für Entwicklungszusammenarbeit und zu ihrer Akzeptanz. Um österreichischen Organisationen und Unternehmen den Zugang zu EU-finanzierten Entwicklungsprojekten zu erleichtern, ist die ADA seit Juli 2005 mit einer Verbindungsstelle in Brüssel vertreten.

■ 12. November 2004

OECD lobt Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

Die OECD stellte Österreich ein gutes Zeugnis für den mehrjährigen, erfolgreichen Reformprozess seiner Entwicklungszusammenarbeit aus. Besonders positiv bewertet wurde das neue Gesetz über Entwicklungszusammenarbeit und die Gründung der Austrian Development Agency, die seit Jänner 2004 für die Umsetzung aller Programme und Entwicklungsprojekte sorgt. Begrüßt wurde auch die Bestrebung Österreichs, sich stärker auf Südosteuropa zu konzentrieren. Die Prüfer strichen auch hervor, dass Österreichs Unterstützung der lokalen Zivilgesellschaft von den Partnerländern geschätzt werde und ermutigten, auch den Dialog mit den Partnerregierungen weiterzuführen und zu verstärken.

■ 3. Dezember 2004

Wasser für Albanien: Vertrag über 1,2 Mio. Euro in Wien unterschrieben

Die OEZA investierte weitere 1,2 Mio. Euro in die Wasserversorgung für Albanien. Die Republik Albanien beteiligte sich mit zusätzlichen 94.000 Euro an dem Projekt. Zur Vertragsunterzeichnung kamen der albanische Vizeminister für Raumordnung und Tourismus und der Bürgermeister der Stadt Shkodra nach Wien. Mit dem neuen Vertrag wird das seit 1997 bestehende Programm zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Albanien fortgesetzt. Bisher hatte die OEZA bereits 4,6 Mio. Euro für den Aufbau der Wasserversorgung bereitgestellt.

■ 25. März 2005

Eröffnung des Groß-Wasserkraftwerks Basochhu

Außenministerin Ursula Plassnik besuchte im Rahmen ihrer Bhutan-Reise das bisher größte Projekt der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Gemeinsam mit Premierminister Lyonpo Yeshey Zimba eröffnete sie die Unterstufe des Wasserkraftwerks Basochhu, das künftig 40 Prozent des gesamten Energieverbrauchs im Himalaya-Königreich decken wird. Das Ziel der bhutanischen Regierung, bis 2020 das ganze Land mit Strom zu versorgen, rückt damit einen großen Schritt näher.

■ 5. Mai 2005

Österreich – Burkina Faso: Neues Abkommen setzt bewährte Partnerschaft fort

Jean-Baptiste Compaore, Finanzminister von Burkina Faso, und die Leiterin der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium, Botschafterin Irene Freudenschuss-Reichl, unterzeichneten ein bilaterales Kooperationsabkommen bis 2007. Mit dem auf drei Jahre angelegten, neuen Arbeitsprogramm wird die erfolgreiche Partnerschaft zwischen Österreich und Burkina Faso konsequent fortgesetzt. Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit sind ländliche Entwicklung, Berufsbildung und Aufbau von Kleinbetrieben.

■ 13. Mai 2005

5. Global Forum on Sustainable Energy

Biomasse und alternative Energien bieten enorme Chancen für Entwicklungsländer. Die große Herausforderung für die Zukunft ist, die Nutzung von Biomasse durch moderne Technologien effizienter, sicherer und umweltschonender zu gestalten. Dies war das Ergebnis des 5. Global Forum on Sustainable Energy (GFSE), in dessen Rahmen 160 internationale ExpertInnen in Wien das Potenzial von Biomasse und alternativen Energien zur Verbesserung der Lebens- und Umweltbedingungen in armen Ländern diskutierten. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit setzt stark auf den Auf- und Ausbau alternativer Energieformen. Nicht zuletzt, weil Österreich als Weltmarktführer bei Biomasse-Technologien großes Know-how anzubieten hat.

■ 27. Mai 2005

Außenministerin trifft den nicaraguanischen Außenminister Caldera Cardenal

Österreich und Nicaragua arbeiten wirksam bei der Bekämpfung der Armut zusammen. Im Mittelpunkt des Treffens stand neben politischen Fragen wie dem Gipfel der EU mit Lateinamerika und der Karibik im Mai 2006 in Wien vor allem die OEZA mit Nicaragua.

■ 10. Juni 2005

„EU-Kommission und Mitgliedstaaten kämpfen gemeinsam gegen die weltweite Armut“

Anlässlich eines Arbeitsgesprächs von Außenministerin Plassnik mit dem für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zuständigen EU-Kommissar Louis Michel betonten beide die Wichtigkeit der intensiven entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zwischen EU-Kommission und EU-Mitgliedstaaten. Thema des Gesprächs war auch die bedeutende Rolle der EU als weltweit größte Geberin von Entwicklungsgeldern im Kampf gegen Armut, Hunger und Katastrophen. Ös-

terreich leistete an den Europäischen Entwicklungs-Fonds 2005 einen Beitrag von 165 Mio. Euro. Plassnik nahm auf den Rat für auswärtige Angelegenheiten vom 24. Mai 2005 Bezug, bei dem es gelungen war, in einem gemeinsamen Entschluss die Mittel der EU-Mitgliedstaaten bis 2010 substanzial auf 0,51 Prozent des BNE anzuheben. Österreich werde daher, basierend auf aktuellen Prognosen, 2010 seinen Beitrag für Entwicklungszusammenarbeit von 2004 mehr als verdoppeln.

■ 11.-13. Juni 2005

Parlamentarier/-innen für Entwicklung

Die Rolle der Parlamentarier/-innen im Rahmen der internationalen Entwicklungsagenda stand im Mittelpunkt einer gemeinsam mit der Weltbank veranstalteten Tagung, die vom 11. bis 13. Juni in Wien stattfand. Delegierte von 25 parlamentarischen Vereinigungen trafen mit Vertreter/-innen österreichischer und internationaler Organisationen zusammen, um gemeinsame Aktionen zur effektiven Armutsreduzierung zu diskutieren. Neben dem Vizepräsidenten der Weltbank Ian Goldin und dem Generalsekretär der Kommission für Afrika Myles Wickstead war die Sonderbeauftragte des VN-Generalsekretärs für die Millennium-Entwicklungsziele Eveline Herfkens zu Gast in der Diplomatischen Akademie.

■ 29. Juni 2005

Außenministerin trifft Amtskollegen von Kap Verde Barbosa Borges

„Österreich und Kap Verde blicken auf mehr als 20 Jahre Entwicklungszusammenarbeit und viele erfolgreiche Initiativen und Projekte zurück“, sagte Außenministerin Ursula Plassnik anlässlich des Arbeitsgesprächs mit dem Außenminister von Kap Verde Victor Manuel Barbosa Borges. Im Mittelpunkt der Gespräche standen neben den bilateralen Beziehungen und den Beziehungen zur EU vor allem auch regionale und gesamtafrikanische Entwicklungen. Außenministerin Plassnik würdigte Kap Verde als ein Land, das in keinerlei Konflikt involviert ist und einen wertvollen Gesprächspartner Österreichs in Bezug auf die afrikanische Sicherheitsarchitektur und Westafrika darstellt.

■ 17. November 2005

Eröffnung eines österreichischen Koordinationsbüros in Podgorica

Der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Johannes Kyrle, eröffnete in Podgorica die neue Außenstelle und das Koordinationsbüro für Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit der Österreichischen Botschaft Belgrad. Die Staaten des Westbalkan und insbesondere Serbien und Montenegro bilden einen Schwerpunkt der OEZA. Diese Zusammenarbeit wurde mit der Eröffnung eines neuen OEZA-Koordinationsbüros in Podgorica weiter ausgebaut.

■ 24. und 25. November 2005

Dialogkonferenz der OEZA mit neuen EU-Mitgliedstaaten

Die Frage, wie die Qualität und Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit verbessert werden kann, stand im Mittelpunkt der zweitägigen Dialogkonferenz „*Harmonisation and Alignment – Challenges for New and Old Donors Alike*“ in Wien. Mit Fachleuten und VertreterInnen der Europäischen Kommission, der OECD und der Wissenschaft wurden die Rolle kleinerer Geberstaaten sowie Möglichkeiten einer besseren Abstimmung und Zusammenarbeit diskutiert. Der Einladung des Außenministeriums und der Austrian Development Agency waren VertreterInnen der Entwicklungszusammenarbeit aus alten und vor allem neuen EU-Mitgliedstaaten gefolgt.



